

Lohnbewegungen im Reiche

Der Streik in Golpa

Die Verhandlungen über die Beilegung des Streiks im Kraftwerk Golpa und in den mitteldeutschen Gruben, die in Berlin und Halle stattfinden, ziehen sich noch immer hin. Um die Verhandlungen bald zum Abschluss zu bringen, werden die Beratungen über Sonntag fortgesetzt werden.

Gasarbeiterstreik in Frankfurt

Die Gasarbeiter in Frankfurt a. M. befinden sich seit Freitag im Streik. Die Lage ist bisher ohne Veränderung. Die Beamten, die sich mit einer Dreiviertelmehrheit gegen den Streik erklärt hatten, sind, mit einer Ausnahme, heute morgen an ihren Arbeitsstätten erschienen. Die Direktion der Frankfurter Gasgesellschaft richtete einen Aufruf an die Arbeiter, worin sie darauf hinweist, daß die Gasarbeiter eine unerfüllbare Forderung von 50 Prozent Lohnsteigerung gestellt haben. Diese Forderung könne und dürfe nicht bewilligt werden, weil der Einwohner bei dem jetzigen allgemeinen Preisabbau keine Gaspreissteigerung zugemutet werden könne. Denjenigen Arbeitern, die bis spätestens zum 18. Juli, morgens 10 Uhr, ihre Arbeitswilligkeit erklärt haben, wird in Aussicht gestellt, daß sie hinsichtlich der bisherigen sozialen Vergünstigungen nicht gekürzt werden.

Es wird Sache der Frankfurter Arbeiterschaft sein, der Direktion darauf die Antwort zu geben.

Bewegung rheinischer Eisenbahner

In Düsseldorf fand eine Kundgebung der Eisenbahner statt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde darauf hingewiesen, daß die Not der Beamtenschaft auf

höchste gestiegen sei. Die Forderungen der Eisenbahner wurden im einzelnen formuliert. In der Hauptsache wird eine sofortige Entschuldigungssumme und die Zahlung der Betriebszulage gefordert.

Die Beamten drohen im Falle der Nichterfüllung ihrer Forderungen bis zum 18. August, den gesamten Eisenbahnverkehr stillzulegen.

Ferner wird aus Köln berichtet: Die Eisenbahngewerkschaften teilen mit, daß sie nunmehr mit den angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers mit Obst und Gemüse beginnen werden. Die in Betracht kommenden Gegenden werden keine Gelegenheiten erhalten, ihre Waren in Eisenbahnwaggons zu verladen. Es ist ferner in Aussicht genommen, für den Landverkehr Straßensperren überwachungen, und wenn die Bauernschaft nachgegeben hat, für den Eisenbahnverkehr eine strenge Aufsicht über das Verbleiben der Güter am Empfangsort einzurichten. Diese Maßnahme soll den Verkauf inländischer Erzeugnisse als Auslandsware entgegenwirken.

Beilegung der Streikbewegung in Königsberg. Die Auslandsbewegung der rheinischen Arbeiter in Königsberg ist beendet worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde von einer Zwangsfrage von 60 Pfennigen pro Stunde abhängig gemacht; die Forderungen sind bewilligt worden.

Grubenarbeiterstreik in Oberschlesien. Weil die Verwaltung der Gasterengrube auch den nicht organisierten Arbeitern die durch Schiedspruch zugewilligte Nachforderung der Belegschaft ausbezahlt hat, ist ein großer Teil der organisierten Bergarbeiter in den Ausstand getreten.

Eine schwere Beschuldigung

Unser Bremer Parteiblatt, die „Bremer Arbeiterzeitung“, brachte in ihrer Donnerstagsausgabe einige Enthüllungen über das erste Auftreten der Epigelen Schröder-Mahnte in Wilhelmshaven. Dabei wurde mitgeteilt, daß ein gewisser Wendelin Thomas, zu der Schröder-Mahnte ein nicht zweifelhaftes Verhältnis unterhielt, „Thomas habe sich wegen der Schröder-Mahnte auch Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen und zweimal nach ihrer Verhaftung ihre Freilassung erwirkt. Die Redaktion der „Bremer Arbeiterzeitung“ knüpft daran die Aufforderung, ihr die jetzige Adresse von Wendelin Thomas anzugeben. In der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ wird nun in einem Telegramm aus Bremen behauptet, daß dieser Wendelin Thomas der jetzige unabhängige Reichstagsabgeordnete Wendelin Thomas aus Augsburg sei.

Es ist auffällig, daß der „Vorwärts“ es unternimmt, nähere Angaben zu machen, auf welche Art die Identität des Genossen Thomas-Augsburg mit dem Wendelin Thomas in Wilhelmshaven gemacht worden ist. Er wird sich der Pflicht dazu ebenso wenig entziehen können, wie es der Genosse Thomas-Augsburg nicht unterlassen wird, sich sofort gegen die gegen ihn erhobenen Anklagen zu äußern.

Wieder eine Mär

In der „Leipziger Volkszeitung“ lesen wir: Wir werden darauf aufmerksam gemacht, in der von Genossen Ernst Däumig geleiteten Zeitschrift „Der Arbeiterrat“ werde behauptet, daß zwei Redaktionsmitglieder der „Leipziger Volkszeitung“, die „die Leipziger Beschlüsse mit erlängten, nachträglich der Redaktion den Rücken lehnen mußten, weil ihnen ihre im Sinne des Programms ausgeübte Tätigkeit durch die übrigen Redaktionsmitglieder fast unmöglich gemacht worden ist.“ Namen werden in unangebrachter Jurisprudenz nicht genannt; es kann sich aber nur um die Genossen Böttcher und Geyer handeln, die in diesem Jahre aus der Redaktion ausgeschieden sind. Hat der „Arbeiterrat“ Artikel seine Information von diesen beiden Genossen bezogen? Jedenfalls ist ihm eine üble Mär aufgebunden worden. Uebrigens nicht die erste, die herumgetragen wird.

Genosse Böttcher hat schon im Frühjahr 1919 von Leipzig weggehen wollen, also zu einer Zeit, die weit vor dem Leipziger Parteitag liegt und für ihn noch politische Hochkonjunktur bedeutete. Ihm ist damals auf seine Frage von einem Redaktionskollegen nahegelegt worden, doch noch einige Zeit in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ tätig zu bleiben, um sich mit der Redaktionsarbeit noch mehr vertraut zu machen. Genosse Böttcher ist diesem freundlichen Rats gefolgt. Er hat dann dieses Frühjahr geglaubt, eine ihm zugewandene Betätigung an dem Stuttgarter Parteiblatt zu finden, das er jetzt selbstständig leitet. Gleichwohl hat er sich längst auf dem Vorstandstag der Buchdrucker als Redakteur für den Buchdrucker-„Korrespondent“ vorzuschlagen lassen.

Genosse Geyer ist von den Vertrauensmännern Leipzigs ob seiner politischen und ebenso seiner persönlichen Haltung zweimal desavouiert worden. Trotzdem ist er in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ geblieben und bei der bekannten Toleranz der „Leipziger Volkszeitung“ ist ihm auch in seiner Redaktionsstätigkeit nichts in den Weg gelegt worden. Erst als sein Hamburger Freund Herzog plötzlich „auf politische Informationsreisen“ ging, schied Genosse Geyer aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ aus, um an Herzogs Stelle in Hamburg zu treten.

Welche Absichten bei der Verbreitung solcher Mären bestimmend sind, möge eine andere Stelle aus dem „Arbeiterrat“-Artikel zeigen, wo behauptet wird, daß ein beträchtlicher Teil der Parteipresse den Leipziger Parteitagbeschlüssen gegenüber eine ablehnende, wenn nicht oppositionelle Haltung einnehme, sich in Gegensatz zu den von der Partei aufgestellten Grundthesen begeben habe, das Programm ignoriere und Politik auf eigene Faust treibe. Das bedeute den Tod einer Partei und eine schwere Schädigung der politischen Bewegung, deren Förderin sie sein sollte.

„Es gibt und kann daher nur den einen Weg geben, daß die Redaktionen, sofern ihre Inhaber nicht selbst ihrem eigenen Gewissen folgen und die Konsequenzen ziehen, gezwungen werden, abzutreten, um Kräfte Platz zu machen, die ihre publizistische Tätigkeit für die Partei im Sinne des im Programm niedergelegten Geistes ohne Gewissensbeschwerden ausüben vermögen.“

Und nun kommt die Behauptung, daß zwei Mitglieder der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ genötigt gewesen wären, dieser den Rücken zu kehren usw.

Man sieht, in der Wahl ihrer Mittel sind manche Parteigenossen nicht gerade wählerisch.

Landrat und Lieferstreik

Im Kreis Schweinitz wurde nach dem Kapp-Putsch endlich der exekutive Landrat Rabe von Pappenheim beurlaubt und an seine Stelle ein Demokrat, Riese aus Berlin-Treptow, berufen. Seit dieser Zeit ist von den Agrariern in dem rein landwirtschaftlichen Kreis eine ganz krupellose Hege für die Wiedereinsetzung von Pappenheims einsetzt worden. Neuerdings ist man dazu übergegangen, die reaktionären Amtsinhaber durch Geheimintimare aufzuheben, damit aus den einzelnen Dörfern folgende Beschlüsse zustande kommen:

1. Vertrauensstundgebung für Herrn Landrat von Pappenheim.
2. Forderung sofortiger Aufhebung der Beurlaubung des Herrn Landrats und seine Wiedereinsetzung in sein Amt.
3. Bei Ablehnung dieser Forderung durch die Regierung Einstellung der Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und des amtlichen Geschäftsverkehrs mit dem Landratsamt durch die amtlichen Stellen.

Diese Herrschaften genießen sich also nicht, mit Lieferstreik und Sabotage zu arbeiten. Die Regierung stört sie durchaus nicht in diesem Geschäft. Wenn aber revolutionäre Arbeiter sich gegen mißliebige Reaktionen wenden, die man ihnen von oben herab als Landräte aufzwingen will, so ist man schnell bei der Hand, mit Schuchhaft und ähnlichen Unterdrückungsmaßnahmen das „Preßige“ der Regierung zu wahren.

Reichstag und Hauptauschuß

Der Reichstag, der nach den bisherigen Absichten erst am 28. Juli wieder zusammentreten sollte, soll nach dem Abschluß der Konferenz von Spaa und nach dem Ergebnis, das sie gezeitigt, wahrscheinlich schon etwas früher wieder einberufen werden. Demensprechend wird auch der Hauptauschuß, der zwei Tage vor dem Plenum seine Verhandlungen aufnehmen sollte, sich möglichst schon in der nächsten Woche verammeln. Beschlüsse darüber sind indessen bis zur Stunde noch nicht gefaßt, vielmehr erst nach der Rückkehr des Reichstages und der deutschen Delegation aus Spaa zu erwarten.

Der Reichswirtschaftsrat und die Verhandlungen in Spaa. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat tritt am Donnerstag den 22. Juli, vormittags 10 Uhr im Plenarsitzungsraum des vormaligen preussischen Herrenhauses zu einer Sitzung zusammen mit folgender Tagesordnung: Bericht der Reichsregierung über die Verhandlungen in Spaa.

50 Jahre päpstliche Unfehlbarkeit

Am 18. Juli 1870 beschloß ein von Papst Pius IX. am 8. Dezember 1869 eröffnetes vatikanisches Konzil in der Peterskirche zu Rom mit 533 gegen 2 Stimmen: es sei ein von Gott geoffenbarter Glaubenssatz,

„daß der römische Papst, wenn er von seinem Lehrstuhle ausspricht, d. h., wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirte und Lehrer aller Christen, kraft seiner höchsten apostolischen Gewalt, eine von der ganzen Kirche festzuhaltende, den Glauben oder die Sitten betreffende Lehre entscheidet, vermöge des göttlichen, im heiligen Petrus ihm vorhergebenen Bestandes, jene Unfehlbarkeit besitzt, mit welcher der göttliche Erloser seine Kirche in Entscheidung einer den Glauben oder die Sitten betreffenden Lehre ausgestattet wissen wollte, und daß daher solche Entschlüsse erst durch die Zustimmung der Kirche unabänderlich sind.“

Damit war das Unfehlbarkeitsdogma aufgestellt, das in der katholischen Welt durchaus nicht mit einmütiger Zustimmung aufgenommen wurde. Zahlreiche katholische Theologen, besonders in Deutschland, opponierten sehr lebhaft gegen diese Entscheidung, und sie fanden dabei die Unterstützung der Regierungen. Die Protestierenden, die sich Altkatholiken nannten, veranstalteten im September 1871 den ersten Altkatholikenkongress, der von 300 Delegierten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz besucht war. 1873 bestellte Bismarck den Breslauer Theologie-Professor Reinens als ersten altkatholischen Bischof. Diese Protestbewegung hat es aber zu keinem irgendwie erheblichen Erfolg gebracht. Man zählte in Deutschland 1877 53 649, 1890 34 893 Altkatholiken. 1907 bestanden in Deutschland 161 altkatholische Gemeinden mit 64 Geistlichen.

Der gemaltige Apparat der katholischen Kirche wurde durch die Opposition nicht erschüttert, seine Macht hielt die Schäflein beim Laufen. Nicht eine theologische Streitfrage, sondern die soziale Frage wird der Felsen sein, an dem die Kirchenmacht zerbricht.

Abschaffung der zweiten Klasse. Die Hamburger Bürgerschaft hat der Abschaffung der zweiten Klasse der Hochbahn zugestimmt und eine Million Mark zur Fahrpreisermäßigung für Kriegsschadigte bewilligt. Diese Maßnahme ist auch in Berlin notwendig und wird sofort durchgeführt werden müssen, sobald das in Aussicht stehende Kommunalisierungsgesetz der Gemeinde ein Ausschlußrecht über die von Privatgesellschaften betriebenen Verkehrsanstalten gegeben haben wird.

Einstellung des Verfassens gegen Emonts. Nachdem vor 14 Tagen der Haftbefehl gegen den Leiter des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Beamten, Genossen Emonts, aufgehoben worden ist, hat nunmehr auch die Staatsanwaltschaft das Hochverratsverfahren gegen ihn wegen mangelnden Tatverdachts eingestellt. Auch diese Blamage hätte man sich ersparen können.

Die katholischen Vereine Deutschlands wollen im September in Würzburg an Stelle des vor dem Kriege üblichen allgemeinen Kreisversammlungen einen „Bezirkskongress“ abhalten. Wegen der ungeheuren Steigerung der Kosten gemeinsamer Tagungen sollen jetzt Bezirkskongresse abgehalten werden. Stellenweise sind solche bereits veranstaltet worden.

Regierungen ist, sondern wo sie zur Angelegenheit des Proletariats wird. Jetzt muß es sich zeigen, ob die soziale Revolution nur ein Gespenst gewesen ist, das drohend vor den Konferenzteilnehmern in Spaa sich aufgerichtet hat, oder ob sie zur greifbaren Wirklichkeit werden soll. Nun hat auch das Proletariat das Wort. Jetzt soll es darüber entscheiden, in welcher Weise die Ausführung des Kohlenabkommens vor sich zu gehen hat.

Und diese Entscheidung wird klar und unzweideutig gefällt werden. Das Proletariat verlangt, daß die Kohlenproduktion sofort sozialisiert, daß sie den Händen des Kapitals entrissen, daß sie mit Hilfe der Betriebsräte in die Führung der Gesellschaft überführt wird. Kostbare Zeit ist bisher schon verjährt worden; eine Zeit, in der die Zeichenmagnaten sich auf Kosten der werktätigen Bevölkerung die Taschen bis zum Zerplatzen gefüllt haben, in der die Profite der Unternehmer ins Ungemessene gestiegen sind, die Lebenshaltung der Arbeiter dagegen auf das denkbar niedrigste Niveau herabgedrückt worden ist. Jetzt verlangt das Proletariat, daß diesem Wahnsinn ein Ende gemacht wird. Wenn eine Industrie zur Sozialisierung reif ist, so ist es die Bergwerksindustrie. Die Entwicklung der Produktivität im Bergbau kann nur dann noch weiter gefördert werden, wenn die Produktion nicht mehr eine Profitangelegenheit des Kapitals ist, sondern zur Sache der Arbeiterschaft gemacht würde.

Ist die sofortige Sozialisierung des Bergbaues die erste Folgerung aus den Vereinbarungen von Spaa, so müssen sich die weiteren Folgerungen von selbst ergeben. Die deutschen Bergarbeiter sollen nun die zweiseitige Arbeit vollbringen: die Ausführung des Abkommens möglich machen und zu gleicher Zeit die notwendige Kohlenmenge erzeugen, um die deutsche Wirtschaft im Gang zu halten. Das werden sie aber nur tun, wenn sie die Gewißheit haben, daß die deutsche Wirtschaft nicht noch länger den kapitalistischen Interessen dienstbar bleibt, sondern in den Dienst des ganzen werktätigen Volkes gestellt wird. Die deutschen Arbeiter in ihrer Gesamtheit haben nunmehr zu zeigen, daß sie den Willen haben, die Sozialisierung nicht nur des Bergbaues, sondern auch der übrigen dazu reifen Wirtschaftsteile durchzuführen.

Eine Revolution äußert sich nicht allein in den brutalen Formen des Straßenkampfes, in der Handhabung von Maschinengewehren und Kanonen, in dem pöhlischen und gewaltsamen Sturz bisheriger Herrschaftsformen. Das sind nur äußere Merkmale der revolutionären Entwicklung. Die soziale Revolution vollzieht sich tagtäglich vor unseren Augen, sie entwickelt sich zugleich mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Die gewaltsamen Umwälzungen der Revolution schaffen gewöhnlich nur den juristischen Ausdruck für die wirtschaftlichen Veränderungen, die sich bis dahin im Schoße der Gesellschaft vollzogen haben. Zudem das Kapital die Produktionsmöglichkeiten immer weiter zu steigern sucht, drängt es das Proletariat immer schneller dem Ziele zu, an dem die Beseitigung der bisherigen Herrschaftsweise und die Errichtung einer sozialistischen Ordnung zum Gebot der Stunde wird. Es mag bei dieser Gelegenheit an die klassischen Worte erinnert werden, mit denen Karl Marx im „Kapital“ diese Entwicklung geschildert hat:

Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperativere Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsenderen Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Konzentration aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elendes, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets aufwachen und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeführt ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergeßlichkeit der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unentgeltlich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriatoren werden expropriert.“

Auch die Verhandlungen von Spaa, die nach dem Willen der Regierenden den deutschen Arbeitern eine neue Kapitalexplosion auferlegen soll, werden zu dem Ziel führen, das in diesen Worten ausgesprochen ist. Das Kapital sucht seine eigene Wirtschaftsweise immer weiter zu entwickeln und zu befestigen; damit schafft es aber auch die Vorbedingungen für die vollkommene Umwälzung dieser Wirtschaftsordnung und gibt dem Proletariat selbst die Mittel an die Hand, durch die es sich von der bisherigen Klassenherrschaft befreien kann.

Das englische Proletariat und der Militarismus

Vor einigen Tagen verbreitete ein Nachrichtenbüro die Meldung aus London, daß auf einem in London abgehaltenen Gewerkschaftskongress der Vorschlag, durch einen allgemeinen Streik die Zurückziehung der englischen Truppen aus Irland zu erzwingen mit 2 677 000 gegen 1 916 000 Stimmen abgelehnt worden sei. Diese Meldung ist falsch. Der Antrag ist vom Kongress angenommen worden. Der „Daily Herald“ berichtet hierüber:

Ein besonderer Gewerkschaftskongress nahm den folgenden Beschluß zu einer Lösung des irischen Problems an:

Wenn die Regierung die Truppen nicht zurückzieht und die Herstellung von Munition zum Gebrauch in Irland und Rußland nicht einstellt, soll der Generalstreik erklärt werden.

Es soll ein Waffenstillstand in Irland hergestellt und ein irisches Parlament mit voller Selbstverwaltung eingesetzt werden.

Die Abstimmung zugunsten der Aktion ergab 2 700 000 Stimmen dafür und 1 630 000 dagegen. Die Entschwedung dieses Kongresses wurde in der Form gefaßt, daß, wenn die Regierung die Forderungen des Kongresses ablehnt, die Aktion eingeleitet werden soll; den verbündeten Gewerkschaften soll es überlassen bleiben, diese Politik gemäß ihrer eigenen Statuten auszuführen.

In dieser falschen Meldung erleben wir ein neues Beispiel dafür, mit welcher Vorliebe die Nachrichten der bürgerlichen Presse und der Telegraphenagentur aufgenommen werden müssen, besonders wenn es sich um Fragen der Arbeiterbewegung handelt.

Kongress der K. A. P. D. Im kommenden Monat wird in Berlin der erste Reichskongress der neuen Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands stattfinden, zu dem Delegierte aus Mitteldeutschland, dem Ruhrrevier und den Hafenstädten erscheinen sollen. Der Kongress wird sich in erster Linie mit der kommunistischen Partei, dann aber auch mit den Tagesfragen beschäftigen.

Der Landarbeiterausstand in Pommern

Der Streik in Köslin beendet

Der Deutsche Landarbeiterverband veröffentlicht im „Vorwärts“ eine längere Darstellung über den Verlauf des Landarbeiterstreiks in Pommern. Danach ist der Streik der Landarbeiter im Kreise Köslin, der am 17. Juni begann, am 15. Juli aufgehoben worden. Der Streik entstand, weil der pommerische Landbund auf die Anerkennung seiner gelben Arbeitergruppe als Tarifkontrahent bestand, wodurch der Abschluss eines Tarifvertrages verhindert wurde. Die Zuschrift des Landarbeiterverbandes führt dann fort:

Der Ausgang des Streiks verbürgt keinen dauernden Frieden. Der am 21. Juni durch einen Schiedspruch geschaffene Tarif befreite die Arbeitnehmer nicht. Die Arbeitszeit des Vorjahres ist unnötigerweise auf 2000 Stunden verlängert worden. Der neben dem Deputat bewilligte Barlohn von 1400 M. pro Jahr für den Deputatarbeiter entspricht nicht den Verhältnissen. Bestimmungen über die Entlohnung der Freiarbeiter enthält der Tarif nicht. Ferner war eine Bezeichnung der Art und Menge der Feuerung im Tarif nicht vorgenommen.

Eine Revision des Tarifs wurde durch einen Schiedspruch vom 8. Juli herbeigeführt. Wesentliche Verbesserungen sind nicht erreicht worden.

Die Kreisgeneralsversammlung am 11. Juli beauftragte die Verhandlungskommission, eine nochmalige Verhandlung mit den Arbeitgebern anzubahnen, um vor Wiederaufnahme der Arbeit die noch strittigen Punkte: Rückwirkung der Teuerungszulage ab 1. April, Lieferung des Deputats für die Streiktage, Bezahlung der Kostensarbeiten und Vermeidung von Maßregelungen zu verhandeln.

Auf Einladung des Landrats waren die Arbeitgeber erschienen, lehnten aber eine mündliche Verhandlung mit den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes ab.

Nach dreitägiger Verhandlung mit dem Landrat und den Arbeitgebern, wurde den Arbeitern eine schriftliche Erklärung überreicht, in der von den anwesenden Arbeitgebern versprochen wurde, auf Annahme des Schiedspruches und Einhaltung der ihm festgelegten Arbeitszeit hinzuwirken. Für die Streiktage sollte ferner Barlohn und Deputat zu den durch den Schiedspruch festgelegten Sätzen abgezogen werden, dagegen soll auch für die Streiktage das Deputat in der durch Schiedspruch festgesetzten Höhe in Natura oder soweit dies nicht mehr möglich sei (wie z. B. bei der Milch) in bar gewährt werden. Ein weiterer Punkt beschäftigt sich mit der Bezahlung der Kostensarbeiten, und schließlich wurde ausgesprochen, daß die Arbeitsniederlegung in diesem „speziellen Streikfall“ kein Kündigungsgrund sein solle.

Sind schon die materiellen Zustände der Unternehmer völlig unzulänglich, so entsteht vor allem aus ihrer durchaus nicht aufgegebenen Forderung, die Arbeitergruppe des Landbundes neben dem deutschen Landarbeiterverband als Tarifkontrahent erscheinen, die Wahrscheinlichkeit, daß immer wieder neue Streikbewegungen der Landarbeiter wegen dieser Streitfrage ausbrechen werden. Seit Anfang des Jahres hat dieses Ansehen des Landbundes, der Landarbeiterverband möge die Arbeitergruppe des Landbundes als gleichberechtigte Vertreterin der Landarbeiterschaft neben sich anerkennen, den Abschluß von Tarifen in Pommern in Frage gestellt. Die Zuschrift des Deutschen Landarbeiterverbandes an den „Vorwärts“ teilt dazu mit: „Angehörigen verschiedener Führer des pommerischen Landbundes liegen erkennen, daß man jeden Tarifabschluß in der Landwirtschaft abschaffen möchte, um wieder den alten Zustand des persönlichen, unkontrollierbaren Dienstvertrages herbeizuführen.“

Es hat also den Anschein, als beharre der Landbund nur deshalb bei seiner unsinnigen und provozierenden Forderung auf Anerkennung seiner Arbeitergruppe, weil er weiß, daß der Landarbeiterverband diesen für ihn entwürdigenden Ansinnen niemals wird stattgeben können. Jedenfalls stellt der Landbund sein Verlangen stets in den Vordergrund, sobald sich irgendwo die Notwendigkeit von Verhandlungen über einen Tarifvertrag herausstellt. Eine Mitteilung der „Dema“, aus der wir die nachfolgende Schilderung entnehmen, zeigt das.

Am 10. Juli d. J. wurde durch restlose Wiederaufnahme der Arbeit der Landarbeiterstreik im Kreise Schlochau beendet. In den Hauptpunkten blieb der bisherige Tarif maßgebend. Um einige Veränderungen, wie Bemessungen des Getreidepreises, Bewertung der Naturleistungen usw., genau festzustellen, wurde auf Anregung der Arbeiter ein Ausschuss von vier Arbeitgebern und vier Arbeitern unter Vorsitz des Landrats eingesetzt. Dieser Ausschuss schickte sich an, sich zu einer dauernden Schlichtungsstelle für den Kreis Schlochau zu entwickeln und zu beauftragen, daß die das Arbeitsverhältnis betreffenden Auseinandersetzungen ausschließlich in ein sachliches Fahrwasser gelenkt werden. Das aber paßt dem pommerischen Landbund nicht. Ohne jeden zwingenden Grund ist der Landbund mit allen Kräften bemüht, die gelbe Arbeitergruppe des pommerischen Landbundes im Kreise Schlochau einzuführen und so die Tarifgemeinschaft zu sprengen. Es ist selbstverständlich, daß bei Durchführung dieses Versuches alle übrigen Arbeiterorganisationen sofort in die schärfste Opposition gedrängt und die im genannten Bereiche sich abzeichnende ruhigere Entwicklung aufs ernsteste gefährdet wird.

Die Aufnahme der gelben Elemente der Agrarier in den Kreis der Verhandlungen ist eine entwürdigende Zumutung an die Landarbeiterorganisationen, die zur Folge haben wird, daß die Verhandlungen gesprengt werden. Wenn dann von neuem Streikbewegungen entstehen, so können wir die Ursachen.

Während der Landarbeiterstreik in Köslin bereits beendet ist, geht er in den Kreisen Belgard und Schivelbinen mächtig noch unerändert weiter. Verhandlungen sind auch hier für die nächste Woche in Aussicht genommen.

Ein reaktionärer Streich gegen die Postbeamten

Die Maxime des monarchistischen Klassenstaates: „teile und herrsche“ wird noch immer von der oberen Beamtenhierarchie angewendet, um die gesamte Beamtenschaft in reaktionärem Kampfegeist zu erhalten.

Ein Erlaß des Reichspostministers Giesberts vom 1. Juli d. J. produziert diesen Geheimtaugel in Reinkultur. Den Beamtenauschüssen, die schon einige Rechte erlangt hatten, wird jede Spur von Mitbestimmungsmöglichkeit und Mitverantwortung genommen. Er enthält Maßregelungsbestimmungen, die den Beamtenrat völlig rechtlos machen und zu Spitzeldiensten erniedrigen.

Eine Vollversammlung der Beamtenauschüsse der Ober-Postdirektion, Bezirk Groß-Berlin, protestierte Freitagabend gegen diesen Erlaß des Reichspostministeriums. Alle Redner erklärten:

Sie hätten es nicht für möglich gehalten, daß das R. P. M. es wagen würde, mit einem derartigen alten Wankhaken der Beamten hohnsprechenden Erlaß vor die Öffentlichkeit zu treten. Als geradezu unerträglich aber muß es bezeichnet werden, daß die Grundzüge für den Aufbau dieser Verordnung bereits seit einem halben Jahre zwischen R. P. M. und Beamten festgelegt sind.

Es sei eine Schande, wenn man den Entwurf des Reichspostministeriums für die Beamtenräte bei der Reichspostbahn demgegenüber hält, der der Beamtenschaft ein weitreichendes Mitbestimmungsrecht, den Schlichtungsausschüssen, ja sogar das Einspruchsrecht bei der Befolgung der höheren Dienststellen bringt, und sich dann dieses Maßwerk bei der Postverwaltung vor Augen hält.

Der Beamtensrat hat auch hierin die Sache der Beamtenschaft in den Sumpf gefahren.

Dieser, die unter Vertrauen so schön misbraucht haben, müssen weg, damit tatsächlich Männer die Leitung übernehmen können, die die Interessen der Beamtenschaft mit aller Kraft vertreten und entschlossen sind, diejenigen Herren im R. P. M. und in der D. P. D., die den feindseligen Geist der J. noch nicht begriffen haben, oder ihn nicht begreifen wollen, endlich zu befeitigen, und die Aufhebung dieses Erlasses und Ersetzung durch eine von freischichtlichem Geist durchdrungene, den Wünschen der Beamtenschaft Rechnung tragende Verordnung zu erzwingen.

Das reaktionäre Maßwerk wird den einen guten Erfolg haben, die Beamtenschaft auszurüsten.

Gen. Wg. Künstler gab unter lebhaftem Beifall die Erklärung ab, daß die U. S. P.-Fraktion und der Parteivorstand die Forderungen der Beamtenschaft mit aller Kraft unterstützen werden. Folgender Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Der Erlaß des R. P. M. ist zurückzusetzen. Bis zum Erlaß des Beamtengesetzes bleiben die alten Ausschüsse im Amt. Neuwahlen finden bis dahin nicht statt.“

Fast alle Redner erklärten, in ihren Betrieben die ausgeschriebenen Wahlen unmöglich machen zu wollen.

Was ist jetzt zu tun?

So fragt wohl mancher Genosse und manche Genossin angesichts der ersten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die besonders das Proletariat stark fühlbar belasten.

Helft mit am Ausbau Eurer Presse!

So antworten wir den Fragenden. Die revolutionär-sozialistische Presse führt den energischsten Kampf gegen die Lüge und Zweideutigkeit unserer Tage, gegen alle offenen und versteckten Feinde der Arbeiterklasse. Sie hält das Banner des revolutionären Sozialismus aufrecht, um das sich alle Scharen, denen es mit dem Sozialismus ernst ist.

Dazu ist Geld nötig!

Wir müssen unsere eigene Druckerei ausbauen und leistungsfähig machen, wir brauchen Geld zur Beilegung der laufenden Ausgaben, da uns die Geldquellen der bürgerlichen Presse, die aus dem Inzeratengeschäft fließen, verschlossen sind.

Erwerbt deshalb die Mitgliedschaft der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und zeichnet Anteilscheine!

Die australischen Schiedsgerichte

Uns wird von einem genauen Kenner des Schiedsgerichtswesens in Australien geschrieben:

Gegenwärtig ist kein Zweifel mehr, daß das System der industriellen Schiedsgerichte in Australien keineswegs das erhoffte Heilmittel für die Beilegung der sozialen Unruhe geworden ist. — Durch die Reiben der Unternehmer sowohl wie der Arbeiter geht eine entscheidende Bewegung für gemeinsame Verhandlungen aller Parteien, auf denen versucht werden soll, ob nicht auf dem Wege der Einsetzung eines Arbeiter-Ausschusses, der mit der Aufgabe der Aufrechterhaltung des industriellen Friedens betraut wäre, eine Verringerung des Schiedsgerichtswesens erreicht werden kann. Sogar die Unternehmer kommen allmählich zur Einsicht der Tatsache, worauf sie der australische Premier-Minister Hughes hingewiesen hat, als er ihnen zurief, daß es solange keine befriedigende Lösung der sozialen Unruhe geben könne, bis sie nicht dazu gelangt seien, ihre Arbeiter als gleichberechtigte Teilnehmer innerhalb der Produktion anzuerkennen.

Wie die Dinge jetzt liegen, sieht eine Partei in der anderen die Ursache für jedes Uebel und die Erklärung für jedes Unrecht.

Als die erste Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverordnung in Australien eingeführt worden war, erhofften und erhofften die Arbeiter davon die Befreiung aus ihren Nöten. Aber im Verlauf der Jahre erwies sich der Schiedsgerichts-Mechanismus als das unwirklichste und kleinlichste Schema zur Beilegung der sozialen Unruhe, das jemals von einem Parlament verabschiedet worden ist. Der Schiedsgerichtshof ist vermahnt mit Drahtverhau umhüllt, das es den Gewerkschaften oft nur nach monatelangem Warten, und wenn sie besonderes Glück haben, gelangt, sich vor dem Gericht Gehör zu verschaffen. Es ist eine Tatsache, daß Gewerkschaften oft zu dem Mittel des Streiks griffen, um die Verhandlung vor dem Schiedsgericht, das zur Vorbeugung der Streiks eingerichtet worden war, herbeizuführen. Die Gewerkschaften, die die Gesetze beachteten, haben sich oft genötigt, nachdem sie monatelang mit unendlichem Geduld auf die Gerichtsverhandlung gewartet hatten, zugunsten der Gewerkschaften beiseite zu treten, die zum Mittel der direkten Aktion gegriffen hatten, um dadurch den Weg zum Schiedsgericht zu erzwingen. Die Folge davon ist, daß Unternehmer wie Arbeiter gleich unzufrieden mit dem Schiedsgericht sind.

Ein wesentlicher Grund für die soziale Unruhe in Australien ist die Tatsache, daß die Schiedsgerichte der Gerichte höchstens negativer Natur sind. Die Gewerkschaften erhalten eine Erhöhung der Löhne zugesprochen, aber sofort ergibt sich die Tatsache, daß die Lohnhöhe infolge der gestiegenen Kosten der Lebenshaltung wieder unzulänglich geworden ist. Die Gewerkschaften wenden sich natürlich wiederum an das Gericht, erhalten eine weitere Lohn-Erhöhung, aber wiederum steigen die Kosten der Lebenshaltung. Es besteht eine ausgeprägte Differenz zwischen der Kaufkraft des Geldes und den Preisen der Bedarfsartikel, und so geht es weiter und weiter in einem fehlerhaften Kreis. Nach jeder Lohn-Erhöhung, die stets mit einer entsprechenden Steigerung der Kosten der Lebenshaltung verbunden ist, sind die Arbeiter schlimmer daran als früher, und schließlich kommen die Leute zu der bitteren Erkenntnis, daß das Schiedsgericht ihnen keine wirkliche Hilfe zu bringen vermag, sondern, daß es nur eine reine Registrier-Maschine ist.

Die australische Regierung schlägt nun die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz von Unternehmern und Arbeitern vor, die zur Ausarbeitung irgend eines Schemas zur Herbeiführung der Harmonie innerhalb der Industrie gelangen soll. Es ist schwer zu sagen, was das Ergebnis sein wird, auf jeden Fall aber kann es nicht schlechter sein als das gegenwärtige System.

Ungerechtfertigte Gewinne

Unter dieser Ueberschrift wendet sich ein Artikel in der neuesten Nummer der „Waldbacher Westdeutschen Arbeiterzeitung“, eines Organs der katholischen Arbeitervereine, gegen die hohen Preise. Es macht dabei u. a. folgende Ausführungen:

„Und womit begründet man diese hohen Preise? Früher begründete man sie mit Warenknappheit und übergroßer Nachfrage. Dann, als die Löhne dem Anschwellen auch nur in etwa angepaßt wurden, begann die Begründung mit dem Gesetz und Geiz über die hohen Löhne. „Kommende“ Lohnsteigerungen wurden schon vor- und übereinkalkuliert, so daß mit dem Tage des Inkrafttretens der Lohnsteigerung die Warenpreise diese oft um ein Mehrfaches schon überholt hatten, ihr vorausgelaufen waren. Die Warenpreis-Schraube riß die Lohnpreisschraube automatisch mit, nur war deren Gewinde enger gedreht, so daß es trotzdem der Warenpreisschraube auf ihrem Höhenflug nicht folgen konnte. Die Löhne blieben trotz ihrer unglaublichen Höhe unter dem Erhaltungsniveau, dem Existenzminimum. Denn auch die hohen und höchsten Löhne stellen kein Existenzminimum mehr dar im früheren Sinne; denn man kann an Anschaffungen kaum denken.“

Warnend wird hinzugefügt: „Es ist die höchste Zeit, daß die Warenpreise abgebaut werden, wenn nicht das Pulverfaß der Erregung doch noch trotz Reichswehr und trotz aller Maßnahmen dagegen explodieren soll.“ Die hohen Fabrikations- und Handelsgewinne müssen verschwinden. „Hier liegt eine Aufgabe der Betriebsräte!“ — Ganz recht, aber wenn die Betriebsräte sich in solcher Weise ernsthaft betätigen so stehen sie auf den bestigsten Widerstand gerade der Parteifreunde des „Waldbacher Blattes“, der Kapitalistknechte im Zentrumshabit.

Vor dem Zusammentritt des internationalen Bergarbeiterkongresses

TU. Paris, 17. Juli.

Ueber den internationalen Kongreß der Bergarbeiter, der Anfang August in Genf zusammenzutreten wird, vernimmt der „Matin“ folgende Einzelheiten: Der Kongreß wird von Smilke und dem Sekretär der internationalen Bergarbeiterorganisation Hodges geleitet werden. Die französischen Bergarbeiter haben bereits einen Rapport über die Nationalisierung der französischen Bergwerke eingereicht. Von den belgischen Bergarbeitern ist ein Entwurf für die Statuten der internationalen Bergarbeiterorganisationen eingereicht worden. Die Belgier behalten sich das Recht vor, die Politik der deutschen Bergarbeiter während der Dauer des Krieges zu kritisieren. Der Generalsekretär der deutschen Bergarbeiter, Hue, wird ebenfalls nach Genf kommen um am Kongreß teilzunehmen.

Japan baut Kriegsschiffe

Rotterdam, 16. Juli.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus Tokio meldet, hat im japanischen Abgeordnetenhause der Marineminister Mitteilungen über den Flottenbau gemacht. Nach diesen Mitteilungen kann Japan jährlich zwei Großkampfschiffe auf Stapel legen. Das gegenwärtige Marinebudget sieht den Bau von 4 Dreadnoughts, 4 Schlachtschiffen, 12 Kreuzern und eine Anzahl kleinerer Schiffe vor. Die Kosten sollen 600 Millionen Yen betragen. Der Marineminister betonte, das Flottenprogramm sei gegen keinen bestimmten Feind gerichtet, sondern durch die isolierte Lage Japans notwendig.

Frithjof Nansen in Petersburg

Kopenhagen, 16. Juli.

Nach Meldungen, die aus Petersburg in Helsingfors eingetroffen sind, wohnte Professor Frithjof Nansen der ersten Sitzung des neu gewählten Arbeiterrates bei. Er wurde von Maxim Gorki eingeführt, der den Rat aufforderte, Nansen eine Huldbildung dazubringen, damit Nansen bei seiner Rückkehr nach Westeuropa sagen könne, daß die russischen Arbeiter die Denker und Dichter des Westens hochschätzen.

Nansen ergriff unter großen Beifall das Wort und sagte, er sei überzeugt, daß seine Aufgabe, die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen aus Rußland in die Heimat zu befördern, trotz der Verkehrshemmnisse durchgeführt werden würde. Er sprach schließlich die Hoffnung aus, daß die Verbindung zwischen Rußland und dem übrigen Europa, die für beide Teile von so großer Bedeutung sei, bald wieder hergestellt werde. Simonjew hat Nansen, alles zu tun, was in seiner Macht stände, um die Lebensbedingungen der in Westeuropa befindlichen russischen Kriegsgefangenen zu verbessern.

Verbot der „Rote Fahne“

DA. Köln, 17. Juli.

Die Einführung der „Roten Fahne“ ins besetzte Gebiet ist verboten worden.

Bela Kahun in Moskau?

Amsterdam, 17. Juli.

Nach einer Londoner Meldung soll Bela Kahun in Moskau angekommen sein.

Zurückziehung der italienischen Truppen aus Oesterreich. Die italienische hat der österreichischen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß mit dem Tage des Austausch der Ratifikationsurkunden über den Frieden von St. Germain die militärische Besetzung von Gebieten innerhalb Oesterreichs durch italienische Truppen ihr Ende gefunden hat.

Anerkennung der litauischen Republik. Wie hier bekannt wird, wurde dem litauischen Vertreter auf der Konferenz zu Spa, Sir Lussemius mitgeteilt, daß die Konferenz beschloß, habe, Litauen de jure anzuerkennen.

Selbsterkenntnis. In der zentrums-katholischen „Kölnischen Volkszeitung“ fällt ein Fachmann (am 9. Juli) ein bemerkenswertes Urteil über die religiösen Sonntagsblätter. Nachdem er festgestellt hat: „es sind nicht allzuvielle, die die Sonntagsblätter ernst nehmen“, fährt er fort: „Die größere Zahl der Sonntagsblätter aber ist — so hart dieses Urteil klingen mag — literarischer und religiöser Kitsch und verdient durch die Einschätzung, die dem Sonntagsblatt für gewöhnlich zu teil wird.“ — Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Der Kampf um den Religionsunterricht. Bremen, Hamburg und Sachsen haben, da aus den Bestimmungen der Weimarer Verfassung über den Religionsunterricht in den Schulen nicht einmal der Reichsminister des Innern klug werden konnte, das Reichsgericht angerufen, damit dieses eine Entscheidung fällt. Bis dahin müssen die vorgesehenen Maßnahmen der betr. Staaten unausgeführt bleiben.

Verhütung! Im Artikel: „Der reaktionäre Geist der Reichspostverwaltung“ in Nr. 180 unseres Blattes muß es im dritten Absatz heißen: Das zeigt der ungeheuerliche Erlaß des Reichspostministeriums vom 1. 7. im Postamtsblatt 35, der die gemeinsamen Wahlen von Betriebsvertretungen der Postbeamten verbietet.

Der Generalstab der Arbeit

Die Vorbereitungen zu einer einheitlichen Führung der Arbeiterorganisationen Englands in ihren wirtschaftlichen Kämpfen werden von der kapitalistischen Presse aufmerksam verfolgt. Wieviel Bedeutung man dieser neuen Schöpfung der organisierten Arbeit beilegt, beweist u. a. auch die Tatsache, daß die „Times“ den Plan, der sich mit dem Aufbau sowie mit den Aufgaben des „Generalstabs der Arbeit“ oder des „Generalrats“ — wie sein offizieller Name ist — beschäftigt, in allen Einzelheiten veröffentlicht.

Es ist einstweilen nur ein Vorschlag, der nach sorgfältiger Vorarbeit aufgestellt wurde, und erst der nächste ordentliche Gewerkschaftskongress, der im September in Portsmouth stattfindet, wird endgültig über ihn zu entscheiden haben. Aber es ist für die Arbeiterklasse aller Länder wichtig, sich mit den Grundgedanken dieser neuen Organisation bekannt zu machen, und deshalb geben wir im nachfolgenden die wichtigsten Mitteilungen über Funktionen und Aufbau der zu schaffenden Körperschaft wieder.

1. Der Generalrat soll alle industriellen Bewegungen im Auge behalten und versuchen, überall wo es möglich ist, industrielle Aktionen miteinander in Einklang zu bringen.

2. Er soll gemeinsame Aktionen der Gewerkschaftsbewegung in allgemeinen Fragen herbeiführen, wie z. B. Löhne und Arbeitszeit und jede andere Frage von allgemeiner Bedeutung, die zwischen Gewerkschaften und Unternehmern oder zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der Regierung entstehen könnten, und er soll die Macht haben, jedem Verband beizustehen, der in irgendeiner Lebensfrage des Gewerkschaftsprinzips angegriffen wird.

3. Wo zwischen Gewerkschaften Streitigkeiten ausbrechen oder ausbrechen drohen, soll er seinen Einfluß aufbieten, um eine Verständigung herbeizuführen.

4. Er soll den Gewerkschaften in der Organisationsarbeit beistehen, und die Propaganda im Sinne der Stärkung der industriellen Seite der Bewegung und der Erreichung aller oder einiger der obengenannten Ziele führen.

5. Er soll auch in Verbindung treten mit der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in anderen Ländern mit dem Ziele, gemeinsame Aktionen und internationale Solidarität herbeizuführen.

Diese Vorschläge sind vor allem auf die Erfahrungen zurückzuführen, die man bei dem großen Eisenbahnerstreik im vergangenen Jahre machte. Man erkannte damals, daß ein schnelles Zusammenarbeiten der wichtigsten Verbände immer mehr eine der ersten Voraussetzungen für den Erfolg einer großangelegten Aktion ist. In einer ganzen Reihe von Sitzungen sind die Einzelheiten besprochen worden. Der Plan über die Zusammensetzung des „Generalrats“ wurde von dem Parlamentarischen Komitee gutgeheißen und dem Kongress zu Scarborough vorgelegt. Ein Bericht über die zu schaffenden Abteilungen für Spezialunternehmungen, die in England eine nicht zu unterschätzende Bedeutung in bezug auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung haben, und anderes, soll erst später herausgegeben werden, wenn auch die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften zur Mitberatung herangezogen worden sind.

Der gegenwärtige Bericht über den Aufbau des Generalrats empfiehlt, an Stelle des Parlamentarischen Komitees einen Generalrat von 30 Mitgliedern zu setzen, die 17 Gewerkschaftsgruppen vertreten, und zwar:

- Bergbau und Steinbrüche 3 Vertreter; Eisenbahnen 3; Transport (außer Eisenbahnen) 2; Schiffbau 1; Maschinenbau, Schifffahrt und Wagenbau 3; Eisen- und Stahlmaschinenbau und kleinere Metallindustrie 2; Bau, Holzarbeit und Möbel 2; Druckerei und Papier 1; Baumwollindustrie 2; Textil (andere als Baumwolle) 1; Bekleidung 1; Leder, Stiefel und Schuhe und Hutmacherei 1; Glas, Töpferei, Chemikalien, Lebensmittel, Getränke, Tabak, Bürstenmacher und Verteilung 1; Landwirtschaft 1; öffentliche Angestellte 1; Nicht-Handarbeiter 1; allgemeine Arbeiter 4.

Der Bericht empfiehlt ferner, daß jeder Verband das Recht haben solle, Kandidaten zu ernennen, die ihn in seiner Gruppe im Generalrat vertreten sollen. Der Generalrat

selbst soll durch den Kongress gewählt werden, in der Weise, daß die Kandidaten jeder Gruppe, die die höchsten Stimmziffern erhalten, als gewählt anzusehen sind.

Der Generalrat soll in fünf Gruppen oder Unterkomitees geteilt werden, und zwar: Gruppe A: Bergbau, Eisenbahnen, Transport; Gruppe B: Schiffbau, Maschinenbau, Eisen- und Stahlbau; Gruppe C: Baumwolle, andere Textilindustrie, Bekleidung, Leder; Gruppe D: Glas, Töpferei, Verteilung usw., Landwirtschaft, allgemeine Arbeiter; Gruppe E: Druckerei, öffentliche Angestellte, Nicht-Handarbeiter. — Jede Gruppe soll ihren eigenen Vorschlägen für die Zwecke der Unterkomitees wählen, und vollbezahlte Beamte sollen angestellt werden, um die Arbeit der Gruppen zu spezialisieren. Die Arbeit und die Funktionen der Unterkomitees unterstehen der Kontrolle des Generalrats. Die Beamten sind verantwortlich für das Sammeln und Bearbeiten besonderer Informationen, die die Tätigkeit der Verbände betreffen, die die verschiedenen Gruppen vertreten.

Um die finanzielle Grundlage für eine Arbeit zu schaffen, die von ungeheurer Bedeutung für die Entwicklung der organisierten Arbeiterbewegung Englands werden kann, empfiehlt der Bericht, daß das Parlamentarische Komitee erwäge, einen bestimmten Beitrag pro Mitglied zu erheben, und er stellt dabei fest, daß ein Extrabeitrag von einem Penny pro Mitglied eine jährliche Mehreinnahme von 25 000 Pfund Sterling bedeuten würde.

Es ist anzunehmen, daß die Vorschläge, die der Bericht macht, im großen und ganzen von der Jahreskonferenz im September angenommen werden. Durch den Generalrat würde die britische Arbeiterbewegung sich die Möglichkeit schaffen, bei Ausbruch von großen Kämpfen ohne Verzögerung und ohne vorhergehende Kompetenzstreitigkeiten eine geschlossene Kampffront aller in Betracht kommenden Industrien herzustellen. Dabei ist ausschließlich an wirtschaftliche Kämpfe gedacht. Aber man braucht nur an die Kämpfe der Eisenbahner und die Nationalisierungspropaganda der Bergarbeiter zu erinnern, um sich über die ungeheure politische Bedeutung klar zu werden, die das große Ringen zwischen Unternehmern und Arbeitern, das hier vorbereitet wird, mit Notwendigkeit erlangen muß. Das Kapital sowohl wie die organisierte Arbeit in England sind sich wohl bewußt, daß die Entwicklung auf eine große Auseinandersetzung hinführt. Beide rüsten sich, und beide zögern den Kampf zu beginnen, ehe sie ihre Vorbereitungen beendet haben. Es geht um ein großes Ziel.

Betriebsräte und Gewerkschaften

Einige Fragen

Genosse Hermann Rücker, 2. Bevollmächtigter des Verbandes der Fabrikarbeiter schreibt uns:

In der Streikfrage Berliner Gewerkschaftskommission gegen Betriebsrätezentrale Mühlstraße, habe ich immer eine vermittelnde Stellung eingenommen, wenn dies auch nach außen hin nicht so in Erscheinung getreten ist. Die Situation, die durch den Beschluß der Funktionäre von Groß-Berlin jetzt entstanden ist, veranlaßt mich aber nun doch, aus meiner stillen Gewerkschaftsstube herauszutreten und einige Fragen aufzuwerfen.

Die Funktionäre haben eine Resolution „Müller“ angenommen, in der der Aufbau einer selbständigen Betriebsräteorganisation als notwendig verlangt wird. Diese Notwendigkeit soll der Forderung unseres Aktionsprogramms entsprechen. Hier möchte ich gleich meine erste Frage aufwerfen:

„Wo in aller Welt Genosse Müller steht in unserem Aktionsprogramm etwas von dem selbständigen Aufbau einer Betriebsräteorganisation? Wer hat überhaupt bei der Formulierung unseres Aktionsprogramms an die jetzigen Betriebsräte gedacht?“

Im zweiten Abjah wird eine Arbeitsgemeinschaft der selbständigen Betriebsräteorganisation mit den Gewerkschaften für geboten erachtet. Ganz abgesehen davon, daß bei dem Wort „Arbeitsgemeinschaft“ den Genossen aus der Mühlstr. ein gelindes Grinsen überkommen müßte, halte ich dies Angebot, gelinde gesagt, nicht für ganz aufrichtig! Denn eine Arbeitsgemeinschaft geht man doch nur mit jemand ein, den man als gleichwertig, lebensfähig betrachtet und auch erhalten will. Ist dies wirklich bei Euch der Fall Genosse Müller, Katzahn, Neumann und Wegmann? Wollt Ihr nicht viel mehr durch die selbständige Betriebsräteorganisation die Gewerkschaften

überflüssig machen? Ich höre Euer lautes und kräftiges Reind Dana mündert mich aber, daß Eure Jünger so ganz anderer Ansicht sind.

Auf dem letzten Jahlabend ist mir von zwei Funktionären rückhaltlos erklärt worden, daß durch die selbständige Betriebsräteorganisation, beabsichtigt sei, die Gewerkschaften abzulösen! Ich hätte keinen großen Wert auf diese Versicherung gelegt, wenn es nicht Funktionäre wären, die diesen Standpunkt einnehmen. Wenn ich auch als richtig unterstelle, daß die Genossen der Mühlstr. niemals die Absicht ausgesprochen haben, die Gewerkschaften durch die Betriebsräteorganisation zu behebeln, so muß ich doch fragen, wie ist es möglich, daß bei Betriebsfunktionären eine solche Auffassung entstehen konnte? Wie groß muß da erst die Verwirrung sein in den Köpfen, die noch nicht so weit sind, wie es Funktionäre im Allgemeinen zu sein pflegen?

Sollte aber nun wirklich irgendwo in irgend einer „Arbeitsstube“ eine solche Absicht bestehen, dann taucht die Frage auf, wozu dann die Resolutionierung der Gewerkschaften? Wozu quält sich beispielsweise mein Kollege Neumann seit einer Woche auf unserem Verbandstage damit ab, auch unseren Verband in das revolutionäre Jahrwasser zu bringen, oder eben so die Genossen des Buchdruckerhilfsarbeiter-Verbandes? „Elyphusarbeit“ ...?

Im dritten Abjah der Resolution wird nun von den Parteigenossen verlangt, daß sie in den Gewerkschaften für die selbständige Betriebsräteorganisation wirken sollen; der Genosse Brühl unterstrich dies noch, indem er für die Funktionäre die Verpflichtung hierzu feststellte.

Mit Verlaute, was geschieht mit denen, die es mit ihrer Neuzugung nicht für vereinbar halten, in diesem Sinne zu wirken? So könnte ich noch eine ganze Reihe von Fragen aufwerfen, will mich aber zunächst mit den vorliegenden begnügen, und wäre dankbar, für dieselben eine befriedigende Antwort zu bekommen. Eine Frage sei mir noch gestattet: Hält es der Parteivorstand nicht für notwendig, möglichst bald einen Parteitag einzuberufen, da doch meines Erachtens die Gefahr besteht, daß nun auch noch die Gewerkschaften zerrissen werden?

Tagung der Räte- und Gewerkschaftskommission

Am Dienstag, den 13. Juli, abends 7 Uhr, tagte in der Aula Weinmeisterstraße 15 eine Vollversammlung der Räte- und Gewerkschaftskommission des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. Sie nahm zu der Frage „Gewerkschaften und Betriebsräteorganisation“ Stellung. Der Obmann der Räte- und Gewerkschaftskommission des Verbandes, Genosse Ray Hesselbarth wies auf die reichliche und wichtige Aufgabe der Betriebskommissionen der Partei hin. Die Räte- und Gewerkschaftskommission habe im besonderen die Pflicht, in den Betrieben und Gewerkschaften für Agitation und Aufklärung über die Politik der U. S. P. zu sorgen. Nach einem Referat des Gen. Neumann von der Rätezentrale und einem Korreferat des Gen. Sabath, des Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission, wurde nach kurzer Diskussion die gleiche Resolution angenommen, der die Berliner Parteifunktionäre in ihrer Konferenz am Donnerstag, die sich mit der Frage der Organisation der Betriebsräte beschäftigte, ihre Zustimmung gegeben haben. Die Resolution fordert eine selbständige Betriebsräteorganisation, die eine Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften beschließen soll. (Siehe den Bericht in unserer Ausgabe vom Freitag abend.)

Gewerkschaftliches

Postbeamtenauschüsse gegen die Beamtenratsverordnung des Reichsverkehrsministers

In der Stadthalle in der Klosterstraße hatten sich am Freitag nachmittag die Beamtenauschüsse der Reichspostämter versammelt, um gegen die unlängst erschienene Verfügung des Reichsverkehrsministers über die Wahl und Befugnisse der Beamtenräte und Ausschüsse in lebhafter, zeitweilig sogar recht stürmischer Weise zu protestieren. Postsekretär Große kritisierte den Entwurf der Verordnung, den er als unsozial bezeichnete, und der den Beamten letzten Endes das Koalitionsrecht vollständig nehme. Postsekretär Schimmel erklärte, daß die Verordnung den Beamtenauschüssen in Zukunft jede Arbeit unmöglich mache. In sehr temperamentvoller Weise sprach auch Postsekretär Kiesel gegen die Verordnung. Der Weg, den die vorgelegte Behörde hier gegen die Untergebenen eingeschlagen habe, führe nicht zur Demokratie. Wenn man diese Verordnung früher gefasst hätte, so würde man sich bei Zeiten bei den Wahlen revanchiert haben. Man möge sich nur nicht durch die Versicherung des Postministeriums in Sicherheit wiegen lassen, daß die Bestimmungen der Verordnung nicht so scharf gehandhabt werden würden. Neben von dem Ministerium, noch von dem Reichstag hätten die Beamten auch nur das Geringste zu erwarten. Die Beamten

Die schwere Stunde

Roman von Victor Panik

Als ich nach einigen Tagen den Guten Menschen beim Lote antreffe und frage: „Was ist denn mit dem Tataren im Waide geschehen?“ lacht er belustigt: „Du bist du späßig“, sagte er, „das hast du noch nicht verstanden? Es ist ja gar nichts geschehen! Es war eben ein weißer Mann, er schnallte seinen süßernen Gürtel auf und streckte ihn mir hin, auch seinen Geldbeutel nimmt er heraus, und reicht ihn mir, als wolle er sagen: Da, nimm nur hin! Weshalb wolle ich aber meine Seele umbringen?“ Wir waren natürlich bis in den Boden hinein beschämt, wir hätten uns vor Scham unter die Erde verkriechen mögen, und schütteln unsere Köpfe. „Es ist nicht nötig, Bruder, weisen wir keine Hand zurück; wie kann man denn nehmen, wenn der Mensch es einem selbst gibt und sogar freiwillig!“ Und der Mann es einem selbst gibt und sogar freiwillig!“ Und er war doch kannst glauben, wie die Seele in uns jubelte, — er war zwar ein Ungläubiger, und doch wurde ihm der Ehrenplatz angewiesen, die besten Kartoffeln wurden ihm gegeben, und dabei schälten wir sie selbst. Des Morgens, als er wegritt, drückte der Mensch lange die Hände an sein Herz, legte sie sodann an die Lippen, küßte sie, berührte darauf seine Stirne, — das sollte in seiner Lebensart bedeuten: hab' besten Dank, ihr Brüder! — Aber das Beste stand uns noch bevor, guter Mensch. Nach zwei Tagen kehrte er nämlich zu uns zurück. Er ritt auf seinem Roth und hinter sich führte er ein beladenes Maultier. Was hat er uns da nicht alles mitgebracht! Einen ganzen Schafsbock, weißes Weizenbrot, Zucker und Tee und in Butter gebundene Pfanden. Eine ganze Woche haben wir daran gezecht und glaube mir, jedes Mal, da wir von diesen Sachen aßen, kamen sie uns weniger süß als freudig vor, begreiffst du wohl?“

Den 8. September.
Ich fühle, daß sich das Verhältnis zu meiner Frau immer mehr zuspitzt. Außerlich sind wir gegenseitig vollkommen korrekt, wir streiten uns nicht, noch schelten wir einander,

aber manchmal, während des Mittagessens, oder wenn ich durch das Zimmer gehe, in dem sie sitzt, fühle ich ihren haßerfüllten Blick auf mir ruhen; dabei überrieselt es mich kalt, es durchbringt mich ein Schmerz, der in mir die Empfindung erweckt, als steche mich jemand mit kalten Nadeln in die Brust.

Es ist wahr, daß ich ihr gegenüber keinen Haß empfinde, aber ich mache auch keinen Schritt, um mich ihr zu nähern; aufrichtig gestanden, fürchte ich mich, daran zu denken. Jedemal vertreibe ich die Gedanken, wenn es sich um diese Frage handelt; ich sehe, wie der Abgrund zwischen uns immer größer und größer wird, ich sehe aber keinen Ausweg; was soll ich nun tun? Ihr die nackte Wahrheit sagen, bedeutet, mit einem Schläge alles zerbrechen; zu lügen, mich zu verstellen — dazu habe ich keine Kraft, und ich glaube, daß mir dies selbst bei der größten Selbstbeherrschung nicht gelingen würde; die Stimme, der Ausdruck meiner Augen würden mich Lügen strafen.

Meine Lage im Hause wird durch den Umstand noch erschwert, daß das Gespenst der Armut aus allen Ecken an uns heranschleicht. Vor dem Kriege war ich ein berühmter Schriftsteller, meine Bücher trugen Hunderttausende ein. Das Geld deponierte ich in einer Bank und erhielt jeden Monat, gegen einen von mir unterschriebenen Papierwisch von Quittung, ein Paß anderer bunter Papiere, — und im Hause heiten wir alles, sogar mehr als alles, da wir luxuriös lebten. Meine Frau bestellte sowohl für sich als auch für die Kinder alle Kleidungsstücke aus dem Auslande und bezahlte dafür ungeheure Summen. Das Haus war immer voller Gäste, die aßen, tranken, verschwendeten. Es war immer genügend von allem vorhanden, da die bunten Papiere in meinem Schreibtisch nie ausgingen. Jetzt existieren aber diese Papiere nicht mehr.

Vor einigen Tagen bin ich in die Bank gegangen, wo früher mein Geld aufbewahrt war. Als man mich erkannte, empfing man mich äußerst liebenswürdig. Der Beamte, der mit mir sprach, geriet dabei in solche Aufregung, daß er kaum etwas sagen konnte und fortwährend unter dummem Lächeln wiederholte:

„Was meinen Sie nur, ich habe ja alle Ihre Werke gelesen, das ist ja göttlich, das ist genial! Sie sind ja, so zu sagen, der Vater unserer Revolution! Gemiß, laut Geseh zählen wir ja niemandem Geld aus, — das Geld ist ja die

Grundlage der Regierung der Bourgeoisie! Aber hier handelt es sich um einen Ausnahmefall, ich wage es nicht, Ihnen selbst eine Antwort zu geben, ich werde Sie lieber bei dem Herrn Direktor anmelden. Bitte nehmen Sie einen Augenblick Platz.“

Dabei verschwindet er und läßt mich allein. Es ist dasselbe große, helle Kabinett wie vor dem Kriege, mit den teuren, weißen Möbeln, dem Riesenteppich auf dem Boden, den luxuriösen Vorhängen an den Fenstern; man merkt nicht, daß die Revolution hier etwas verändert hätte, nur der frühere diad, von Selbstgefühl erfüllte Direktor fehlt.

Im Ledersessel sitzt vor mir ein noch ganz junger Mann, dessen Schnurrbart noch kaum zum Vorschein kommt. Er ist gewiß noch unlängst Student gewesen, und man merkt an allem, daß er auf keine Stellung ein wenig stolz ist; loger durch seine übertriebene Bescheidenheit betont er noch mehr die Wichtigkeit seines Postens und innerlich bewundert er sich selbst.

„Sehen Sie“, sagt er mir, einem einfachen bezaubernd kindlichen Lächeln auf den Lippen, „mit anderen gibt es natürlich keine Auseinandersetzungen, das Dekret der Kommission lautet: verboten, — und da gibt es keine Widerrede. Was kann ich denn tun? Ich bin ja eine solche Null im ganzen sozialen Wirtschaftsorganismus, ich habe bloß die Vorschriften zu befolgen. In Ihrem Falle jedoch ist es eine andere Sache, lieber Nikolai Petrowitsch, wir sind ja Ihre geistigen Kinder. Sie glauben wohl kaum, wie oft ich über Ihren Büchern Tränen vergossen habe! Ihnen muß ich es erklären, weshalb wir das Geld nicht auszahlen können.“

Ich mache eine leicht protestierende Bewegung: „Wozu denn eine Ausnahme? wenn es nicht geht, so geht es eben nicht, ich bin ja genau wie alle andern!“

„Nein, nein“, entgegnete er schnell. „Sie dürfen uns nicht auf diese Art verlassen; viele der Intelligenz Angehörige glauben, daß es bloß eine Willkür, eine Laune, eine Sinnlosigkeit ist, die von den Volkskommissaren erlassen wurde, um die Menschen zu quälen. Es ist mir aber daran gelegen, daß Sie die Frage anders beurteilen. Nur Sie können es ja den breiten Volksmassen erklären, und Ihnen wird man glauben.“

(Fortsetzung folgt.)

würde schimmelnfalls den Kampf bis zum bitteren Ende gegen die Verordnung führen.

Nachdem der unabhängige Reichstagsabgeordnete K u n s t l e r und zahlreiche Postbeamte in sehr scharfer Weise gegen die Verordnung Stellung genommen hatten, wurde folgende Entschliebung angenommen:

Die versammelten Mitglieder der Beamtenausschüsse in der Oberpostdirektion, Bezirk Berlin, legen gegen den Erlass über die vorläufige Keuregelung des Ausschussens scharfe Verwahrung ein. Sie haben es nicht für möglich gehalten, daß das Reichsverkehrsministerium es wagen würde, mit einem derartigen, allen Wünschen der Beamten Hohn sprechenden Erlass vor die Öffentlichkeit zu treten. Es ist eine Schande, wenn man den Entwurf des Reichsverkehrsministeriums für die Beamtenräte bei der Reichseisenbahn den der Postbeamten gegenüberhält, denen man das Mitspracherecht, Schlichtungsausschuss und sogar das Einspruchsrecht bei Befehlsgabe höherer Dienststellen bringt und sich dann das Nachwort der Postverwaltung vor Augen hält. Die, die unser Vertrauen so schände mißbraucht haben, müssen weg, damit tatkräftige Männer die Leitung übernehmen können, welche die Interessen der Beamten vertreten und entschlossen sind, die Herren im Reichsverkehrsministerium und der D. P. D., die den freibeitlichen Geist der Zeit noch nicht begriffen haben, zu beseitigen, und den Erlass durch eine von freibeitlichem Geist getragene Verordnung zu ersetzen imstande sind."

Verammlung der Betriebsräte der Staats- und kommunalen Behörden

In den Müllerkäfen fand am 10. Juli eine Versammlung der Betriebsräte der Staats- und kommunalen Behörden statt. Ueber das Thema „Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften“ sprach Helgentreu. Er erwarf mit seinen Ausführungen zum Teil lebhaften Widerspruch. Er verlor sich in Einzelheiten des Betriebsrätegesetzes und kam zu dem Schluß: Erfassung der Betriebsräte nur durch die Gewerkschaften. Als Gast erhielt von der Versammlung das Wort Wegmann von der Zentrale der Betriebsräte, Müllerkäfen. Er legte in sachlichen Ausführungen die Zusammenhänge des kapitalistischen Produktionsprozesses und dessen Auswirkungen dar. Wegmann's Ausführungen gipfelten in der Aufforderung: Nur durch Befestigung des gesamten Proletariats, die organisatorisch durch die Erfassung aller Betriebsräte möglich ist, können diese furchtbaren Zustände abgebrochen werden. Deshalb werbt und agitiert für die selbständige Betriebsräteorganisation, die in enger Gemeinschaft mit den Gewerkschaften zu wirken hat. Seine Ausführungen wurden im Gegensatz zu denen des Referenten mit partem Beifall quittiert.

In der Diskussion kamen beide Richtungen zum Wort. Gegen 11 Uhr stellte Polenske vom Gemeindefacharbeiterverband als Vorsitzender der Versammlung den Antrag auf Vertagung, da noch die Wahl von Organen vorgenommen werden müsse und die Zeit nicht mehr ausreichte.

Es wurde zur Geschäftsordnung erst Abstimmung über die Resolution Wegmann verlangt (im Sinne der am Mittwoch von den Parteifunktionären angenommenen), die von Polenske zu hinterziehen versucht wurde. Die erregte Stimmung, die sich schon bemerkbar machte durch die Feststellung, daß ein Diskussionsredner im Sinne des Gewerkschaftsbundes gesprochen, der weder Betriebsrat war noch sich als Gast gemeldet hatte, kam durch die Schiedsversuche Polenske's vollends zum Durchbruch. P. wollte bei der Abstimmung über den Vertagungsantrag festgesetzt haben: 200 Stimmen für und 123 gegen Vertagung. Es steht aber fest, und wurde bestätigt von Referenten und den anderen Mitgliedern des B u r o s, daß die große Mehrheit gegen Vertagung war. Polenske schloß trotzdem die Versammlung, was zu einer detartigen Empörung führte, das sich ein Teilnehmer zu der Aufforderung hinreißte, „den Gewerkschaften so lange die Beiträge zu sperren, bis diese Leiber und Despoten herunter sind“. Diese Aufforderung wurde leidet mit tosendem Beifall begrüßt.

Hier ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß „Demokratie“ sich aus dem Munde jener Leute sonderbar anhört. Wenn man sich mit seinem vorerfassten Plan im Widerspruch mit der Masse befindet, dann versucht man sich durchzusetzen gegen den Willen der Mehrheit und übt so eine Diktatur gegen das Proletariat aus, während man in allen Reden die Diktatur des Proletariats bekämpft. Durch solche Taktik wird den Gewerkschaften ein verflucht schlechter Dienst erwiesen, den symbolikalischen Bestrebungen aber Beschub geleistet. Und es ist eine billige Ausrede, anderen Genossen die Förderung der Betriebsorganisation in die Schuhe zu schieben.

Für die Freigabe der Automobilmotoren und des Brennstoffes

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses fand am Freitag abend eine stark besuchte Versammlung von Fahrern und Arbeitern des Automobils, die gemeinsam vom Deutschen Transportarbeiter-Verband und Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufen war, statt. Zu dem Thema: Die traurige Lage im Automobilmotoren — Freigabe der Brennstoffe und der Automobilmotoren — referierte zuerst Reitz (Transportarbeiterverband). Der Redner schilderte die große Arbeitslosigkeit im Automobilmotoren. Im Durchschnitt seien ungefähr 40 Prozent aller Kraftfahrer heidungslos. Die Hauptgründe für die Arbeitslosigkeit sei die Sperrung der Nummern, die Betriebsstoffknappheit und die Abnahme der Zahl der im Betrieb befindlichen Fahrzeuge. B r e n d e l als Redner des Metallarbeiter-Verbandes führte aus: Die Brennstoffe seien in unverantwortlicher Weise von einigen Interessenten monopolisiert worden. Ein ganz geringer Personenkreis habe die Brennstoffzufuhr und Verteilung in Händen. Es sei eine Korruption, schlimmster Art, die eingetrisen sei. Eine dieser Monopolformen habe 45 Prozent Nettogewinn erzielt. Wenn die Brennstoffe freigegeben werden und eine Freigabe der Nummern erfolge, werde es Arbeitsmöglichkeit im Automobilmotoren geben.

Nach einer ausgedehnten, sehr lebhaften Debatte wurde eine einstimmig folgende Entschliebung angenommen: Die am 18. 7. 20 tagende Protestversammlung aller in der Autoindustrie beschäftigten Arbeiter erklärt: Die von den bisherigen Regierungen im Interesse der Arbeiterschaft getroffenen Maßnahmen haben sich als wirkungslos erwiesen. Die beteiligten Interessengruppen waren kapitalistische Interessenten; die Arbeiterschaft verurteilt dabei. Die bisher getroffenen Maßnahmen der beteiligten Gewerkschaften genügend, verlangt die Versammlung, daß sofort Maßnahmen getroffen werden, das bestehende Brennstoffmonopol zu brechen, unbeschränkte Einfuhrmöglichkeiten zu schaffen, um die Autoindustrie ausreichend mit Betriebsstoff zu versorgen und dadurch die Arbeiterschaft vor Verelendung zu schützen und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Des weiteren verlangt die Versammlung, daß sofort alle Beschränkungen für den Automobilmotorenverkehr aufgehoben werden und die Zulassung von Fahrzeugen nach der Bundesratsverordnung vom 8. 2. 1910 wieder in Kraft gesetzt wird. Die in Frage kommenden Gewerkschaftsleitungen haben in einer demnächst stattfindenden Versammlung über den Ausgang der Verhandlungen und die getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten."

Hungerlöhne der Müllker in Neuföllmer Kinos. Die Vereinigten Lichtbild-Theater G. m. b. H., Direktion Baum und Plant, Städtische und Exzessor, Lichtspiele, Bergstraße; Stern-Lichtspiele, Hermannstraße; Kaudu, Lichtspiele, Kottbuser Damm, zahlen ihren Müllkern noch immer den im Oktober 1919 festgesetzten Tariflohn von 20 M. täglich, trotz der inzwischen eingetretenen großen Teuerungen. Für diesen Lohn haben die Müllker nicht nur ihre Arbeitskraft, die sie durch jahrelange Studien erwerben, hinzugeben, sondern auch ihre eigenen teuren Instrumente zu stellen und komplett zu erhalten, so daß ihnen zum Leben blutwenig übrig bleibt. Von dem karglichen Lohn gehen ab pro Tag an Krankenversicherungsbeiträge 1 M., für Instrumentenabnutzung und Materialverlusten 3 M., Fahrgehalt 1,40 M., 10 Proz. Steuern 2 M., so daß nur 12,60 M. zum Leben des Müllkers und seiner Familie übrig bleiben. Bei so niedrigen Existenzbedingungen wagen die Müllker kaum Widerstand zu leisten. Die skrupellosen Unternehmer haben jeden Widerstand zu brechen, indem sie die Kapellen mit Beamten und sonstigen Nebenberuflichen durchsetzen lassen, entgegen der Verordnung

der Demobilisierungskommission vom 25. April 1920. Die Müllker rechnen auf die Solidarität der Arbeiterschaft wenn diese Rückunternehmer kein soziales Verständnis für die Notlage ihrer Müllker zeigen sollten.

Der Kampf im Lebensmittelhandel unvermeidlich. Die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar am 18. Juli 1920 sind gescheitert. Man hat uns für Verkäufer einen Stundenlohn von 2,21 M. und für Hauptbuchhalter von 3,05 M. angeboten. Dieses Angebot mußten wir ablehnen, da die Angestellten bei diesen Löhnen nicht existieren können. Trotzdem der alte Tarifvertrag am 31. März 1920 abgelaufen ist, sollten diese Hungerlöhne erst mit dem 1. Juni 1920 in Kraft treten. Der Zentralverband der Angestellten versuchte heute nochmals mit dem Herrn Demobilisierungskommissar, Herrn Regierungsrat von Hoffmann, zu verhandeln. Dieser lehnte die Verhandlung ohne jegliche Begründung ab. Man muß annehmen, daß die Behörden kein Interesse für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung haben, denn sonst könnte man die Stellungnahme des Herrn Demobilisierungskommissars nicht verstehen. Die Angestellten nehmen am Mittwoch, den 21. Juli 1920, abends 8 Uhr, in einer Versammlung in den Sophienkaten, Sophienstr. 17/18 zu dieser Frage Stellung.

Die Differenzen im Restaurant Schmetterlingshorst! Die mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen und dem Inhaber des Restaurants Schmetterlingshorst bestehenden Differenzen sind zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt worden. Die Sperrung über das Restaurant Schmetterlingshorst ist für organisierte Gastwirtsgehilfen aufgehoben. Verband der Gastwirtsgehilfen, Crispverwaltungen Groß-Berlin.

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

„Außenpolitik und die Verhandlungen in Spa“ lautet das Thema, über das der Genosse Dr. Rudolf Breitscheid in einer am Dienstag, den 20. d. M., abends pünktlich 8 Uhr, im Zimmer 109 des Rathauses stattfindenden Zentralvorstandssitzung referierten wird. An dieser Sitzung nehmen neben den Zentralvorstandsmitgliedern der Verbands-Aktionrat und sämtliche Berliner Reichstags- und Landtagsabgeordnete teil.

Die Mitglieder der Preßkommission treten in ihrer konstituierenden Sitzung am Mittwoch, den 21. d. M., abends 6 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Schiffstr. 5/6, zusammen.

Der Stand der Untergrundbahnbauten

Vor dem Kriege wurden in Berlin zwei große Schnellbahnprojekte in Angriff genommen. Die eine — die sogenannte A. E. S. -Bahn sollte am äußersten Norden, den Gesundbrunnen, ihren Ausgang nehmen und in Neukölln enden. Die andere Strecke, die Nord-Südbahn, war von der Stadt Berlin in Angriff genommen und sollte von der See-Strasse aus die ganze Friedrichstraße hinaufgehen, dabei die Spree, Landwehrkanal sowie die Untergrundbahn an der Mohrenstraße unterfahren, über das Hallesche Tor hinaus gleichfalls bis nach Neukölln geführt werden. Der Krieg hat nicht nur zur Einstellung der Arbeiten geführt, weil das vorhandene Material nur Kriegszwecken dienlich gemacht war, sondern auch durch ungehenerliche Steigerung aller Material- und Produktionskosten, daß die Unternehmer dieser Projekte zu der Auffassung gekommen sind, daß eine Fortführung der Arbeiten bis zum Ende zur Unmöglichkeit geworden ist. Berechnungen haben ergeben, daß bei Beendigung der Arbeiten die Bahn nicht nur nicht rentabel sei, sondern so hohe Fahrpreise erforderlich mache, daß eine Fahrt nur eine Luxusfahrt sein kann. Diesen Standpunkt nimmt insbesondere die A. E. S. ein. Es fragt sich nun: Was soll werden? Es ist angeregt worden, die Stadt solle die A. E. S. -Bahn fortführen. Diese Absicht kann die Stadt kaum ausführen für ihre eigene Nord-Südbahn. Diese erfordert so hohe Mittel, daß in absehbarer Zeit an eine Beendigung dieses Unternehmens wegen Mangel an Mitteln nicht gedacht werden kann. Selbst wenn die Bahn fertiggestellt werden würde, müßten neue Millionen für Beschaffung des Wagenparks ausgegeben werden, die der Kämmerer nicht herbeschaffen kann. Die Stadt hatte die Absicht, die Arbeiten wenigstens bis zum Halleschen Tor fertigzustellen. Keuerdings kam wieder der Streit der Tiefbauarbeiter dazwischen, der einen Strich durch die Rechnung macht. Die Unternehmer weigern sich, den Arbeitern den Tarif zu zahlen; auch dann wollen sie Mehrforderungen bewilligen, wenn die Stadt den Mehrbetrag auf das eigene Konto nehmen will. Es ist höchste Zeit, daß die Aufsichtsbehörden sich ihrer Pflicht erinnern, den Unternehmern den Standpunkt klar zu machen. Wir haben gerade genug Arbeitslose, als daß rücksichtslose Unternehmer sich aufs hohe Pferd setzen und die Produktion sabotieren könnten, zumal jeder Tag die größten Gefahren mit sich bringt. Die Unternehmer müßten für allen Schaden haftpflichtig gemacht werden.

Hätte die Stadt eigene Maschinen und Pumpenanlagen, so würde sie den Betrieb auf eigene Rechnung fortführen. Es ist angeregt worden, die Arbeiten der Nord-Südbahn mit Hilfe von Mitteln der produktiven Erwerbsloosfürsorge fortzuführen, um Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Jeweils diese Anregung durchführbar ist, soll eine gemischte Deputation prüfen, die die Stadtverordnetenversammlung einsetzen soll. Es laufen noch Verträge mit Privatunternehmern, die in dieser Sache eine Rolle spielen.

Alles in Allem genommen, hat der Krieg auf die großen Schnellbahnprojekte eine Wirkung ausgeübt, die direkt unheilvoll genannt werden muß, und es wird eine Riesearbeit kosten um zu einem erträglichen Ende zu kommen.

Zur Kartoffelnot

Trotz aller Bemühungen des Magistrats sind die Zufuhren an Frühkartoffeln noch gering. In den meisten der zur Lieferung an Berlin angewiesenen Landkreise: daß die Frühkartoffelernte noch nicht begonnen, weil die Kartoffeln noch nicht reif sind. In denjenigen Kreisen aber, welche schon liefern können, sind die Landwirte stark durch die Ernte des Brotgetreides in Anspruch genommen, dessen Hereinschaffung äußerst dringlich ist. Der Magistrat hofft, daß der um diese Jahreszeit stets in gleichem Umfange oder noch stärker sich geltend machende Mangel Ende des Monats behoben sein wird. — Als Ersatz für Kartoffeln werden ausgegeben: 125 G. Griech., aus Abschnitt A, 124 G. Graupen oder Grütze aus Abschnitt B, 250 G. Hülsenfrüchte aus Abschnitt C der Berliner Bezugskarte. Der Griech kostet je Pfund 92 Pfg., die Graupen je Pfund 71 Pfg., die Grütze je Pfund 72 Pfg. und die Hülsenfrüchte je Pfund 1,60 M. Die Abgabe der Nahrungsmittel und Hülsenfrüchte erfolgt in den durch rote Anschlagblätter kenntlich gemachten Verkaufsstellen.

Der Obstmarkt

Obst gibt es genug. In Läden und im Straßenhandel kann man Obst kaufen, soviel man will, wenn man nur genug Geld hat. Und daran fehlt es der großen Masse der Bevölkerung, die zunächst froh ist, wenn sie Kartoffeln hat. Die Preise für Obst sind trotz des Streiks der Obstbändler immer noch hoch genug. Dieser Tage hatte die Landwirtschaftskommission der Provinz Brandenburg Vertreter der Händler und Konumenten zu einer Aussprache über die Preisbildung auf dem Obstmarkt geladen. Man

redete viel über hohe Löhne, hohe Frachten, Standgebühren, über Verdienstpanne und darüber, wer den größten Verlust einstellt. Ein Käuferstreik könne leicht einen Lieferstreik im Gefolge haben, da die Produzenten ihre Ware einfach den Fruchthandlungen verkaufen würden. Das Ende vom Liede war, daß im Publikum auflärend gewirkt werden soll über Gebührens- und Handelskosten. Groß- und Kleinhandel werden sich einigen über die Höhe ihres Verdienstes, die im letzten Grunde auf Kosten der Konsumenten geht. Der freie Handel wird schon sehen, daß er nicht so kurz kommt.

Der Wer Wahlauschuh zur Vorbereitung der Wahl der neuen Berliner Magistratsmitglieder hat sich gebildet. Er besteht aus dem Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Westf. Stadtverordnetenaustritts-Stellvertreter Stadtr. Benedek (D. Sp.), sowie dem Stadtr. E. Egners (Wolfr. der Fraktion der D. P.), H. Heilmann (Wolfr. der Fr. der S. P. D.), den Unabhängigen: D. Gabel, Weiffel, Schindler, Stoll, Ulrich, Leid, Freund, Thum und A. Hingel, der Reichheitssozialisten Frank, Stadtr. Ritter und Bernuth, der Volksparteilern: Dr. Leidig und Groß, den Deutschnationalen Dr. Steiniger, Justizr. Lüdicke (Wolfr. d. Fr.) und Kinkel, dem Demokraten Kertzen und U. Staatssekf. Dr. D. Neper, dem Stadtr. Egners (Fr.) und Direktor Busch (Wirtsch. Pg.).

Ueber das Rassensterben im Proletariat referiert am Montag, abends 7 Uhr, in Kühns Festhale, Hagenheide, Genosse Dr. M o s e s in einer öffentlichen Versammlung.

Steglich, Jugendweiche. Die Genossen und Genossinnen, deren Kinder zum Herbst die Schule verlassen, seien hiermit noch einmal daran erinnert, konsequent zu sein, wenn sie mit der Kirche gebrochen, nun auch endgültig ihre Kinder von der kirchlichen Einsegnungszeremonie frei zu machen und dieselben in die Jugendweiche zu schicken. — Nicht kirchlich verblödet sollen unsere Kinder ins Leben treten, sondern frei, vorbereitet für das praktische Leben! — Der Verbandsbildungsausschuh unserer Partei veranstaltet am Sonntag, den 12., 19. und 26. September d. J., vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Berlin, Karlsru., eine Jugendweiche im großen Stil. Wirklich erbauende Stunden sollen hier durch Darbietungen künstlerischer, erstklassiger Art unserer schulfähigen Jugend geboten werden. Eine Erinnerungsgabe in Gestalt eines schönen Buches erhält jedes Kind mit auf den Weg. — Zur Vorbereitung für diese Jugendweiche gedenkt unser Ortsverein Mitte August einen Unterricht über „Lebenskunde“ mit einem sozialistischen Pädagogen abhalten zu lassen. Die in Frage kommenden Genossen und Genossinnen seien hierdurch gebeten, die Adressen ihrer Kinder umgehend an Gen. Marquardt, Steglitz, Hofsteinsche Straße 31, Grlh. part., zu senden. Genossen, Genossinnen, sorgt dafür, daß zahlreiche Meldungen eingehen!

Das nächste Volkskonzert des Blätter-Orchesters findet am Montag, den 19. Juli, abends 7 1/2 Uhr in der Brauerei Königsstadt statt. Karten sind zu haben im Zigarrengeschäft Horst, Engländer 15 (Gewerkschaftshaus), Orchesterbureau, Pflanzstr. 76 (11 bis 1 Uhr) „Vorwärts“, Lindenstr. 2, „Freiheit“, Prellstr. 8-9 und an der Abendkasse.

Die Frage nach der Religion auf dem Standesamt. Die Frage nach der Religion auf dem Standesamt ist jetzt durch eine Verordnung des Reichsministers der Justiz neu geregelt worden. Die Standesbeamten haben zu statischen Zwecken bei Gelegenheit der Beurkundung von Geburten die Religion der Eltern, bei Eheschließungen die Religion der Verlobten, bei Sterbefällen die Religion des Verstorbenen zu erfragen. Sache der Landeszentralbehörde ist es, zu bestimmen, in welcher Weise diese Angabe vorzunehmen soll. Die Vermerte sind derart einzurichten und aufzubewahren, daß den Religionsgesellschaften die Auskünfte erteilt werden können, die sich nach dem neuen Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung zu beantragen haben. Für die Erhebungen werden die nötigen Aufdrucke den Gemeinden von den obersten Landesbehörden kostenfrei geliefert. Für die Gewährung der Auskünfte darf von den Religionsgesellschaften nur die Erstattung der deren Auslagen verlangt werden. Gleichzeitig sind neue Vorschriften für die Beurkundungen der Standesämter vorgefchrieben worden. Die alten können handschriftlich geändert und aufgebraucht werden. Die Anordnung des Aufgebots soll nach dem Gesetz ein Merkblatt von Standesbeamten den beteiligten ausgehändigt werden. Das Blatt wird vom Reichsgesundheitsamt aufgestellt.

Zeugen gesucht. Im März 1919 ist der Schauspieler Fritz Kirchmann von Angehörigen der Garde-Schützen-Division auf der Wallen-Brücke erschossen, beraubt und in die Spree geworfen worden. Zweidienliche Angaben etwaiger Zeugen erbeten an Rechtsanwalt Dr. Frey, Potsdamer Platz.

Bekämpfung der Rattenplage in Berlin. In letzter Zeit mehren sich die Klagen, daß in Berlin die Ratten in einer Weise überhand nehmen, daß unbedingt energische Maßnahmen dagegen ergriffen werden müssen. Nicht allein Wassergrundstücke, Fabriken, Speicher, Magazine usw. werden von ihnen heimgesucht, sondern auch logar menschliche Wohnungen. Neben den gesundheitlichen Gefahren verursachen sie große wirtschaftliche Schäden. In den Magazinen fallen ungeheure Mengen von Nahrungsmitteln ihrer Gefährlichkeit zum Opfer. Die Ursache dieser Plage ist durch die Kriegsverhältnisse bedingte Mangel an Keintlichkeit und Ordnung. Es sei hier nur an die unzureichende Aufbewahrung und unregelmäßige Abfuhr des Hausmülls erinnern. Dazu kommt, daß von einer Reihe von Hausbesitzern der Rattenbekämpfung nicht das nötige Interesse entgegengebracht wird. Im Redaktionsamt der Stadt Berlin fand eine Besprechung über die erforderlichen Maßnahmen statt, an der neben erfahrenen Sachverständigen die verschiedenen Interessentengruppen, wie Hausbesitzer und die in Betracht kommenden städtischen Verwaltungsstellen (Park-, Hofen-, Schlachthof- u. u. Verwaltung) teilnahmen. Man verheißte sich nicht die Schwierigkeiten, die einer Vertilgung oder auch nur einer beträchtlichen Herabminderung der zahllosen Ratten entgegen stehen. Vor allen Dingen muß die Bekämpfung der Rattenplage gemeinsam und gleichzeitig von allen Seiten vor sich gehen. Durch ein vom Redaktionsamt herausgegebenes Merkblatt über Rattenbekämpfung werden die Grundbesitzerverbände veranlaßt werden, gemeinsam und möglichst gleichzeitig die Vertilgung der Ratten vorzunehmen. Als Bekämpfungsmittel kommen in Betracht: geeignete Fallen, Anwendung von Bakterienpräparaten, unter Umständen auch giftige Gase. Besonders wurde das Halten von Ratten vielfach empfohlen. Vor dem Auslegen chemischer Gifte wird gewarnt. Erwogen wurde auch, ob es sich empfehle, der Plan der gemeinsamen und gleichzeitigen Bekämpfung der Rattenplage durch eine Polizeiverordnung zu stützen.

Der Brand eines besetzten Straßenbahnwagens alarmierte am Sonnabend mittag die 9. Kompanie der Berliner Feuerwehr nach dem Rosenthaler Platz, wo ein Wagen vor dem Anhalter Bahnhof infolge Kurzschluß in Brand geraten war und in solcher Ausdehnung brannte, daß die Wehr tüchtig löschen mußte um die Klammern zu erklimmen. Die Fahrgäste haben sich durch eilige Flucht in Sicherheit bringen können. Der Straßenbahnbetrieb erlitt eine kurze Unterbrechung.

Eine weiterverbreitete Diebstahlsbande, die vornehmlich die auf dem Bahnhof Charlottenburg einreisenden Durchgangsgüter bestohlen hat, ist nunmehr durch die Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin unschädlich gemacht worden. Ein ehemaliger Gepädkträger W e n i g und der Gepäckträger S o t h hatten eine Reihe von Durchgangsgütern, u. a. 6 Ballen Stoffe, Antzeifen, Wehl, einige Kisten mit Säulen und Enten usw. gestohlen und hatten, um die Diebstahle ungehindert ausführen zu können, die Dienstanfänger Streich und Klink bestochen. Die gestohlenen Sachen wurden dann zu einer Frau Reich in der Dahmannstr. 33 und deren Tochter Marika Sarin geschafft die die Waren ebenfalls weiterverkauften. In der Frau Reich scheint die Ueber-

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie, Zahnlehen mit Bestäubung bei Bestellung von Seltissen gratis. Kr. aen p. 30 Mk. ex.
Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Matvani, Danziger Str. 4

machungsabteilung eine ganz getreue Gehlerin ermittelt zu haben, die auch schon bei früheren Diebereien unter dem Namen "Schwarze Anna" eine große Rolle gespielt hat, damals aber nicht ermittelt werden konnte. Wie es sich jetzt herausgestellt hat, steckte die schwarze Anna mit einem Kriminalwachmeister Schod unter einer Decke, der zur Zeit wegen einer anderen Straftat in Untersuchungshaft genommen worden ist. Frau A. hatte ihrem früheren Verlobten, der in Breslau wohnt, eine Reihe von Sachen gestohlen. Die über den Verbleib der Sachen angestellten Ermittlungen waren der A. unbehagen und daher veranlaßte sie den Schod, ein gefälschtes Protokoll aufzunehmen, nach welchem ihr die Sachen ihres Bräutigams in der Neujahrsnacht gestohlen worden seien. Weitere Ermittlungen haben nunmehr ergeben, daß sie auch noch mit anderen Amtspersonen im Einvernehmen stand, die sie ihren betrügerischen Plänen gefügig zu machen verstand. Zwei weitere Kriminalbeamte aus Charlottenburg haben bei verdächtigten Hausdurchsuchungen Stoffe beschlagnahmt, die sie selbst dann wieder auf Grund falscher Zeugenaussagen freigegeben, wofür sie dann an den Zeugen der Frau Reich teilnehmen durften und auch noch Teile des Stoffes abteilten. Familiäre Beihilfe ist nunmehr durch die energische Arbeit der Ueberwachungsabteilung für einige Zeit unschädlich gemacht worden.

Für 45 000 Mark Helle abgekauft hat ein Gauner gestern einem jungen Hausdiener, der diese für sein Geschäft in der Gestalt überbringen sollte. In der Nähe des Geschäftes sprach ihn ein unbekannter Mann an, der ihn unauffällig fragte, was er in den Paketen habe und wohin er wolle. Dann erklärte er, daß er dort fällig und das Geschäft bereits geschlossen sei. Er schickte dann den Hausdiener nach der Leipzigerstraße, um dort die Schlüssel zu den Lagerräumen abzugeben, während er in der Zeit auf die Pakete achten werde. Der junge Mann suchte natürlich vergeblich in dem bezeichneten Hause nach den Schlüsseln und als er zurückkehrte, war der Unbekannte mit den Hellen verschwunden. Die Pakete enthielten 120 Stunks- und 40 australische Doppelmünzen im Werte von 45 000 Mark. Auf die Wiederherbeziehung der Hellen hat das geschädigte Geschäft eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Eine Liebesstragödie spielte sich in der geizigen Nacht in einem Logis in der Mauerstraße ab. Dort waren der Kaiser Willy Pfeiffer aus der Frankfurter Allee 361 zu Lichtenberg und seine Geliebte, die 18 Jahre alte Handmädchen Ida Walzer aus der Bahnhofsstraße 8 zu Lichtenberg abgetrieben, um gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Sie nahmen beide Gift, wurden jedoch noch aufgefunden, bevor beide tot waren. Ein sofort hinzugezogener Arzt stellte Wiederbelebungsversuche an, die bei dem jungen Manne auch Erfolg hatten, das Mädchen starb jedoch unter seinen Händen. Pfeiffer wurde in die Charité eingeliefert, die Leiche der Walzer nach dem Schaukauf gebracht. Liebesgram hatte das Paar zu dem Verzweiflungsschritt getrieben.

Aus den Organisationen

- Verammlung der politischen Kommissionen.** Mittwoch, den 21. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in den Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Genosse Friedrich Schmidt referiert über unsere auswärtige Politik und die Verbände in Spanien.
- Sitzung des Reichsverbandes.** Montag, 18. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 1. Sitzung des Reichsverbandes.** Montag, 18. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 2. Sitzung des Reichsverbandes.** Dienstag, 19. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 3. Sitzung des Reichsverbandes.** Mittwoch, 20. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 4. Sitzung des Reichsverbandes.** Donnerstag, 21. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 5. Sitzung des Reichsverbandes.** Freitag, 22. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 6. Sitzung des Reichsverbandes.** Samstag, 23. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 7. Sitzung des Reichsverbandes.** Sonntag, 24. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 8. Sitzung des Reichsverbandes.** Montag, 25. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 9. Sitzung des Reichsverbandes.** Dienstag, 26. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 10. Sitzung des Reichsverbandes.** Mittwoch, 27. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 11. Sitzung des Reichsverbandes.** Donnerstag, 28. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 12. Sitzung des Reichsverbandes.** Freitag, 29. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 13. Sitzung des Reichsverbandes.** Samstag, 30. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.
- 14. Sitzung des Reichsverbandes.** Sonntag, 31. v. Mts., abends 7 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

12. Sitzung. Montag, 7. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

13. Sitzung. Dienstag, 8. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

14. Sitzung. Mittwoch, 9. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

15. Sitzung. Donnerstag, 10. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

16. Sitzung. Freitag, 11. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

17. Sitzung. Samstag, 12. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

18. Sitzung. Sonntag, 13. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

19. Sitzung. Montag, 14. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

20. Sitzung. Dienstag, 15. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

21. Sitzung. Mittwoch, 16. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

22. Sitzung. Donnerstag, 17. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

23. Sitzung. Freitag, 18. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

24. Sitzung. Samstag, 19. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

25. Sitzung. Sonntag, 20. v. Mts., Sitzung der kommunalen Kommission bei Böber, Gendarmenpl. 10, abends 7 Uhr.

Bereinskalendar

Zentrale der Betriebsräte. Heutige Sitzung der Metallindustrie, Mittwoch, 8. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

1. Sitzung. Donnerstag, 9. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

2. Sitzung. Freitag, 10. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

3. Sitzung. Samstag, 11. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

4. Sitzung. Sonntag, 12. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

5. Sitzung. Montag, 13. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

6. Sitzung. Dienstag, 14. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

7. Sitzung. Mittwoch, 15. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

8. Sitzung. Donnerstag, 16. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

9. Sitzung. Freitag, 17. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

10. Sitzung. Samstag, 18. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

11. Sitzung. Sonntag, 19. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

12. Sitzung. Montag, 20. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

13. Sitzung. Dienstag, 21. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

14. Sitzung. Mittwoch, 22. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

15. Sitzung. Donnerstag, 23. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

16. Sitzung. Freitag, 24. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

17. Sitzung. Samstag, 25. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

18. Sitzung. Sonntag, 26. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

19. Sitzung. Montag, 27. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

20. Sitzung. Dienstag, 28. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

21. Sitzung. Mittwoch, 29. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

22. Sitzung. Donnerstag, 30. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

23. Sitzung. Freitag, 31. v. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, Referat über die Verhältnisse in Spanien.

Lebensmittelkalendar

Berlin. In der Woche vom 19. Juli bis 25. Juli, darf Brot und Mehl nur auf die Vollkornart abgeben und entnommen werden, deren Nährwert das Brotgesetz 1000 Kalorien beträgt. Brot und Mehl auf die Karte mit dem Eichhornstich darf erst am Montag, den 22. Juli ab, verkauft werden.

Verkauf. In der nächsten Woche findet der Verkauf von Weizen und Roggen für die Woche vom 19. bis 25. Juli in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Verkauf. In der nächsten Woche findet der Verkauf von Weizen und Roggen für die Woche vom 19. bis 25. Juli in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Lebensmittelkalendar. In der Woche vom 19. Juli bis 25. Juli, darf Brot und Mehl nur auf die Vollkornart abgeben und entnommen werden, deren Nährwert das Brotgesetz 1000 Kalorien beträgt. Brot und Mehl auf die Karte mit dem Eichhornstich darf erst am Montag, den 22. Juli ab, verkauft werden.

Verkauf. In der nächsten Woche findet der Verkauf von Weizen und Roggen für die Woche vom 19. bis 25. Juli in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Verkauf. In der nächsten Woche findet der Verkauf von Weizen und Roggen für die Woche vom 19. bis 25. Juli in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Geschäftliches

Die Lebensmittelkalendar. In der Woche vom 19. Juli bis 25. Juli, darf Brot und Mehl nur auf die Vollkornart abgeben und entnommen werden, deren Nährwert das Brotgesetz 1000 Kalorien beträgt. Brot und Mehl auf die Karte mit dem Eichhornstich darf erst am Montag, den 22. Juli ab, verkauft werden.

Verkauf. In der nächsten Woche findet der Verkauf von Weizen und Roggen für die Woche vom 19. bis 25. Juli in der Präfekturalen "Alt-Perla", Zimmer 10, abends 7 1/2 Uhr, statt.

DIE GUTE

MASSARY

Zigarette

CAID

urteilen Sie selbst

Konsum-Genossenschaft

Eingetragene Genossenschaft

140 Lebensmittel-

Berlin und Umgegend

mit beschränkter Haftpflicht

Verteilungsstellen.

Aufnahme neuer Mitglieder in

Billige Lebensmittel

in allen unseren Verteilungsstellen

la Qualität, eingekocht mit 50 Prozent Zucker

Prima Frucht-Marmelade Pfund **3,70**

Feinster Himbeersaft (aus der Tschecho-Slowakei) mit 60 Prozent Zucker eingekocht 1/2 Flasche 1,80, 1/4 Flasche **8,75**

Oelsardinen la portuz Ware Doz M. **7,50** **Große Vollheringe** . . . Stück **75 Pf.**

Dänische Sahne in Weißblechdosen M. **6,—** **Speise-Oel** 1/2 Pfund M. **8,50**

Harzer, Faust-, Holländer Käse • **Tilsiter Käse** Pfund M. **7,50**

BROT hergestellt auf unseren 60 Doppelauszugsdampfbacköfen

Anerkannt beste Qualität

Konditorei-Waren: Obstkuchen, Pflaferkuchen, Keks, Tigelungen

von bekannter Güte.

Markenfreie Backmehle:

In Haferbackmehl

Maismehl **Maisgrieß**

Kartoffelstärkemehl

Bienenhonig in Qualität inkl. Glas Pfd. **14,25**

Mischobst im Preise ermäßigt

Ringäpfel

Frisches Gemüse und Obst zu billigsten Tagespreisen in 8 Spezial-Verteilungsstellen.

Brennspiritus auf Jull-Marken des Magistrats in allen Berliner Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft.

A. WERTHEIM

Damenhüte
Helle Tagal- und Tagal-Picot.
Hüte in modernen Formen,
durchschnittlich jetzt **68⁰⁰**

Extra-Preise

Glaswaren

Eisschalen gepreßt 48 Pf.
Bierbecher glatt 95 Pf.
Wasserbecher gepreßt 2⁷⁵
Konfektplatten vierseitig 4⁵⁰
Selterbecher geschliffen 2⁷⁵
Sturzflaschen m. Glas. 8⁷⁵ opt. 9⁷⁵
Wein- u. Wasserkaraffen 9⁷⁵
Honiggläser Helianth- 42 Pf. bis 1⁵⁰
Einmachehafen 1 20 Pf. 2 25 Pf.

Einmachegläser 1/2 Lt. 48 Pf. bis 2⁵⁰
Einmachegläser „Germanis“ mit 2 Lt. 2⁵⁰
Deckel n. Gummi 1 1/2 Lt. 2⁵⁰ 2 Lt. 2⁵⁰
Gemüsedämpfer 8⁷⁵
Einkochapparate jerr. Email- 58⁰⁰
breite Form, mit 6 geschliffenen Deckel
Vorratsbehälter 8 Pfund 4⁷⁵ 10 Pfund 6²⁵
Konservengläser „Globus“ mit Deckel und Gummiring. 2²⁰ bis 2⁸⁵
1/2 Liter bis 1 1/2 Liter

Steingut

Extra-Preise

Tassen weiß 1⁶⁵
Tassen blau, Strohmuster 2⁴⁰
Obertassen groß, weiß 85 Pf.
Kaffeebecher weiß 95 Pf.
Kaffeebecher bunt 1⁴⁵
Bols mit bunten Blumen und Goldrand 1⁵⁰ 1⁵⁰ 1⁰⁰
Gewürzröschchen weiß, bunt m. Schrift 1⁰⁰
Milchtöpfe bunt, sortiert 1⁸⁰ 2⁴⁰ 3²⁵
Milchtöpfe weiß, Satz 6 Stück 22⁰⁰
Milchtöpfe bunt, Satz 6 Stück 25⁰⁰
Salatieren bunt, 2-teilig 6⁰⁰
Satz-Salats weiß, 6 Stück 17⁵⁰
Satz-Salats bunt, bedruckt, 9 Stück 25⁰⁰
Satz-Salats bunt, handgemalt, 6 Stück 38⁵⁰
Bratenplatten oval 3²⁵ 4⁷⁵ 5⁵⁰

Emallewaren

Schmortöpfe oliv. Rg. 9²⁵ bis 24⁰⁰ Durchschlag m. Gazebod. 4⁷⁵ 6⁷⁵
Schmortöpfe oliv. Rg. 19⁰⁰ bis 33⁰⁰ Schüsseln gr., 34 cm 9⁷⁵ 36 cm 12⁷⁵
Fleischtopfe 24 cm 14⁵⁰ Wasserkannen konisch 15⁰⁰
Kasserollen flach, mit 5⁵⁰ bis 8⁷⁵ Kaffeebecher 3 Gr. 5⁷⁵ bis 8⁵⁰
Fruchtkessel 5 Gr. 32⁰⁰ bis 40⁰⁰ Kaffeebecher 1⁴⁰
Stiepfannen m. kl. Fohl. 50 cm 2⁹⁵ Seifennapf mit Rückwand 1⁶⁵

Porzellan

Weiß
Teller 16 cm 1⁰⁰ 18 cm 1⁷⁵ 22 cm 2⁸⁰
Tassen 2⁴⁵
Obertassen 1⁰⁰
Kartoffelnäpfe mit Deckel 4⁵⁰
Saucieren 1⁹⁰ 2²⁵
Milchtöpfe 25 Pf. 95 Pf.
Bunt
Kaffeebecher 95 Pf. 1⁵⁰
Kaffeebecher 2⁹⁰
Tassen 2⁹⁰
Abendbrotteller 3⁵⁰
Kompottschalen 1³⁰
Obstteller 2⁷⁵
Obstsätze 7-teilig 12⁰⁰

Kaffeegeschirr „Schwarzburg“, bunte Kante
Kaffeebecher von 25⁰⁰ bis 40⁰⁰
Milchtöpfe 10⁷⁵ bis 18⁰⁰
Teekannen 28⁰⁰
Tassen öfina 16⁰⁰
Zuckerboxen von 16⁰⁰ bis 27⁰⁰
Zuckerschalen 4⁰⁰
Kuchenteller klein 4²⁵
Marmeladendosen 16⁰⁰
Platten oval 30 cm 22⁰⁰
Obstspüler 8⁵⁰
Frühstücks-Service 3-teilig 13⁵⁰
Tafel-Service für 12 Pers. 875⁰⁰

Extra billig:
Einzelne Teekannen, Milchtöpfe, Schokoladentassen in bunt und braun glasiert

Besonders preiswerter Posten
Blumenvasen, bunt glas. 1⁰⁰ 2⁴⁵ 2⁴⁰ 4⁰⁰ 4⁷⁵ 5²⁵

Wirtschaftsartikel

Aluminium-Schmortöpfe 20 cm 32⁰⁰ bis 25 cm 56⁰⁰ Brotkästen lackiert 13⁵⁰ bis 17⁰⁰
Stielkasserollen Alum. 15 cm 21²⁵ Gemüsekocher 1⁹⁰ 2³⁰
Gläsersteller bunt unterlegt 2⁰⁰ 2²⁵ Schöpfkellen verzinnt 3²⁵
Tischbestecke schwarz 23⁰⁰ Kleiderbürsten 4⁰⁰ bis 19⁰⁰
Abendbrotbestecke schwarz 18⁰⁰ Haarbürsten 1⁰⁰ bis 9⁰⁰
Küchenmesser m. kl. Fohlern 2²⁵ Kopfkardätschen 2⁰⁰ bis 11⁷⁰
Korkzieher 1⁸⁰ 1⁹⁰ Rasierpinsel 2⁷⁵ bis 9⁰⁰
Bohrensneider 18⁵⁰ Zahnbürsten 80 Pf. bis 6⁵⁰
Fruchtpressen 65⁰⁰ Seifendosen Zelluloid 6⁷⁵ bis 12⁵⁰
Brotschneiden Eisenstiel 17⁵⁰ Gewürzetageren leer 3⁰⁰ 5⁵⁰
Brotschneiden „Martha“ 34⁰⁰ Küchenrahmen 4⁷⁵
2 Gasplatten mit Erhitzer 49⁵⁰ Toilettenpapier Rolle 80 Pf.
Fleischhacker verzinnt 55⁰⁰ 68⁰⁰ Fruchtaufbeutel mit Ring 2⁵⁰
Topfreiniger 35 Pf.

Deutscher Bauarbeiter-Verein

Bezirkverein Berlin
Sauer-Weber 15, Zimmer 53, Fernspr. No. 1091, 4003, 8792

Achtung! **Achtung!**

Fabrikmaurer
und in Fabrikbetrieben beschäftigte
Bauhilfsarbeiter

Versammlung

Dienstag, den 20. Juli 1920, abends 7/8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal 1

Tagesordnung:
1. Die kommenden Kämpfe der Arbeiterschaft.
2. Verschiedenes
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand

Tiefbau

Am Dienstag, den 20. Juli 1920, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Docter, Weberstr. 17,
eine

Versammlung aller Tiefbauarbeiter
statt.

Tagesordnung:
Stand der Lohnbewegung.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung muß jeder Tiefbauarbeiter anwesend sein.
Das Tiefbauarbeiter-
3. K.: Deutscher Bauarbeiter-Verein.
Zweigverein Berlin.
SO. 16, Engel-Ufer 16.
Fernspr. Amt Northplatz Nr. 4093.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verein

Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38

Am Freitag, den 20. Juli 1920, nachmittags von 4-8 Uhr, findet für unsere Mitglieder eine

Beirats-Wahl

In folgenden Lokalen hat:

1. Osten: Kopenhagener 14	im Lokal von Barber
2. Wälder: Wälder Str. 7a	Wetter
3. Wälder: Wälder Str. 7a	Mott
4. Nordosten: Bernauer Allee 43	Brennt
5. Wälder: Wälder Str. 24	Selbster
6. Wälder: Wälder Str. 52	Weg
7. Wälder: Wälder Str. 24	Marcinkowski
8. Wälder: Wälder Str. 19	Chiert
9. Wälder: Wälder Str. 11	Flemming
10. Wälder: Wälder Str. 30	Wegner
11. Wälder: Wälder Str. 98	Dingemach
12. Wälder: Wälder Str. 9	Wöhrich
13. Wälder: Wälder Str. 90	Wöhrich
14. Wälder: Wälder Str. 19	Flüßmann
15. Wälder: Wälder Str. 1	Wöhrich
16. Wälder: Wälder Str. 79	Wöhrich
17. Wälder: Wälder Str. 34	Wöhrich
18. Wälder: Wälder Str. 30	Wöhrich
19. Wälder: Wälder Str. 18	Wöhrich
20. Wälder: Wälder Str. 27	Wöhrich
21. Wälder: Wälder Str. 122	Wöhrich
22. Wälder: Wälder Str. 11	Wöhrich
23. Wälder: Wälder Str. 30	Wöhrich
24. Wälder: Wälder Str. 123	Wöhrich
25. Wälder: Wälder Str. 123	Wöhrich
26. Wälder: Wälder Str. 123	Wöhrich

Die Kollegen und Kolleginnen werden gebeten, sich rechtzeitig hierher zu begeben.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. Ohne diese aber mit mehr als 6 referierenden Wochen-Beiträgen kein Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Nicht in 6-8 Wochen

Immer 3-4 Tage werden (inkl. Militär- u. Junggardisten) für die Truppen bis zu 24 Stunden. — Gams- u. Pflanzgeräten werden durch Aufhängen wie neu hergestellt. Schneidbretter und neue Holzgeräten.
Tel.: Amt Nord-West. Gew. 1075
(Weg & Weg)
Fabrik u. Exped.: Gorkowskaja, 27, Hauptstadt:
Gorkowskaja, 15. II. Geschäft: Wälderstr. 112.
III. Geschäft: Wälderstr. Allee 176, am Gewerkschaftsplatz. IV. Geschäft: Wälderstr. Wälderstr. 74

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verein

Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38

Achtung! **Achtung!**

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 20. Juli 1920
abends 6 Uhr, im großen Saal der
„Germania-Säle“, Chausseestraße 110
Tagesordnung:
1. Studienreise nach Kurland. Referent: Kollege Guban Sabach, Vorsitzender der Berliner Gewerkschafts-Kommission.
2. Antrag der Ortsverwaltung und der Gewerkschafts-Kommission auf Urlaub für den 1. Bevollmächtigten Wilhelm Schumacher.
3. Bericht über die Verhandlungen mit der Betriebsrat-Bezirks-Referent: Kollege G. Sabach.
In dieser Versammlung bitten wir auch die Betriebsrat- und Ortsverwaltung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. Ohne diese aber mit mehr als 6 referierenden Wochen-Beiträgen kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

N. LENIN

Der „Radikalismus“ die Kinderkrankheit des Kommunismus

Inhalt: I. In welchem Sinne kann man von der internationalen Bedeutung der russischen Revolution sprechen. II. Eine der Hauptbedingungen des Erfolges der Bolschewiki. III. Die wichtigsten Etappen in der Geschichte des Bolschewismus. IV. Im Kampfe mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung ist der Bolschewismus aufgewachsen, erklärt und gefährdet worden? V. Der „radikale“ Kommunismus in Deutschland. VI. Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaften arbeiten? VII. Was ist die Aufgabe der Arbeiterpartei in England. VIII. „Reinheitskommission“. IX. Der „radikale“ Kommunismus in England. X. Einige Schlussfolgerungen.
K u n g a n g: Die Stellung der deutschen Kommunisten. — Die Kommunisten und die Unabhängigen in Deutschland. — Tassil in Italien. — Falsche Schlüsse aus wichtigen Verhandlungen.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.
Preis Mk. 4.—, billige Ausgabe Mk. 2.50.

Genossen werbt für die Freiheit

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2 % in Zahlung genommen.

Grosser Andrang!!

(Besuch möglichst vormittags erbeten.)
Preise bis zur Hälfte, herabgesetzt!!!

Einige Beispiele: Sportjacken herabgesetzt auf 18⁰⁰, Trikot-Sport-Jacken 45.- b. 315.-, Covercoatmäntel 240.-, Impr. Mäntel 165.- bis 375.-, Impr. Seidenmäntel 290.- bis 525.-, Kostüme 198.- 245.-, 375.-, 525.-, 750.-.

Neueste Herbst-Modell-Ulster 129, 325-780.

Astrachanmäntel 465 bis 975, Pelzmäntel 2400 bis 5600, Gummimäntel la Qualität für Damen 470.-, für Herren 526.-, Lodenmäntel Lodenkostüme Seidenröcke Stoffröcke 325.- 536.- 126.- 48.-

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Meine großen Möbel-Läger

mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Vordern und Möbeln, Verstellbaren, Tischs, Sofas, Truhen, Schränken, Vertikals, kompl. Küchenanordnungen usw. sehen zur gefälligen Besichtigung in der Brunnenstr. Nr. 7, 6 u. 199, nahe Kopenhager Platz, Haupteingang Brunnenstr. 7.
Öffnet von 8-6.

Rotguß Kilo 6,25 M.

Messing kg 3,60 M.
sowie sämtliche Almetalle zu höchsten Tagespreisen kaufen jeden Posten
HERMANN TASCHKE & Co.
Hauptgeschäft: Langenbeckstr. 4, Ecke Wälder Str. - Tel. 3584
Z. Geschäft: Brunnenstr. 33, Ecke Brunnenstr.

437er ZAHN-STATION 350er

Charlottenstr. 46

Boten-frauen

verlangt sofort Expedition Wastig Johannistr. 9

Mehrere Botenfrauen

für Berlinerstr. 6, Generals-Quartier und Antonieustraße verlangt zum 1. August Expedition Gramann Reinickendorf-West Schillingstraße 20.

Westmanns

Trümpf-Magazin
Große Auswahl, Billige Preise.
I. Kopenhager Str. 37 (Kopenhager)
II. Wälder Str. 115 (nahe Wälderstr.)
Auswahlsendung (mit Post) 7000 Sonntag geschlossen.

MÖBEL

extra billig.
Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer, Küchen, große Auswahl
Zahlungserleichterung auf Wunsch.
Neugebauer, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 129, I. Ecke Schillerstraße. Kein Laden.

Altmetalle

Quecksilber, Zahngelbte Platin- u. Silberbrüche
Brunnerstrasse 11.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Der Kollege zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Schloffer **Otto Sturm**, Berlin, Kopenhager Str. 26, am 12. d. Mis. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 17. 7. 20, nachmittags 12 Uhr, Krematorium, Gerichtsstr., statt.
Der Kocher **Paul Schulwitz**, Berlin, Wälderstr. 4, am 14. d. Mis. Die Einäscherung findet am Montag, den 19. 7. 20, nachmittags 4 Uhr, Krematorium, Gerichtsstr., statt.
Die Arbeiterin **Eise Saßen**, Friedrichstraße, Berliner Straße 20, am 15. d. Mis. Die Einäscherung findet am Dienstag, den 20. 7. 20, nachmittags 4 Uhr, Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet.

Nachruf.

Der Kollege zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind.
Der Schloffer **Hermann Venske**, Berlin, Neue Friedrichstr. 39, am 29. Juni, der Schloffer **Franz Winter**, Berlin, Thäler Straße 3, am 7. d. Mis., der Schloffer **Rudolf Klowski**, Berlin, Jagenstraße 26, am 11. d. Mis.
Eure ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

4. Dftr. 7. Abt. 2071, Beg. Nr. 15, Juli 1920

Der Kollege zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Schloffer **Otto Brumm**, Wälderstr. 115, am 12. d. Mis. Die Einäscherung findet am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung

der am 15. Juli 1920 verstorbenen Kollege **Eise Saßen** (Wälderstr. 4, I) erfolgt am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung

der am 15. Juli 1920 verstorbenen Kollege **Eise Saßen** (Wälderstr. 4, I) erfolgt am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung

der am 15. Juli 1920 verstorbenen Kollege **Eise Saßen** (Wälderstr. 4, I) erfolgt am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung

der am 15. Juli 1920 verstorbenen Kollege **Eise Saßen** (Wälderstr. 4, I) erfolgt am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung

der am 15. Juli 1920 verstorbenen Kollege **Eise Saßen** (Wälderstr. 4, I) erfolgt am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung

der am 15. Juli 1920 verstorbenen Kollege **Eise Saßen** (Wälderstr. 4, I) erfolgt am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung

der am 15. Juli 1920 verstorbenen Kollege **Eise Saßen** (Wälderstr. 4, I) erfolgt am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Die Einäscherung

der am 15. Juli 1920 verstorbenen Kollege **Eise Saßen** (Wälderstr. 4, I) erfolgt am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Baumhauweg, statt. Nege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verbandstag der Fabrikarbeiter

Hannover, 15. Juli. In Punkt 5 der Tagesordnung, Statutenberatung, ergriff als Berichterstatter Reimann-Berlin das Wort. Die Kommission schlägt ein Eintrittsgeld von 2 M. pro Mitglied vor. In der Frage der Erwerbslosenunterstützung vertritt der Referent den Standpunkt, daß das Unterhaltswesen nicht Hauptzweck des Verbandes sein könne. Die Kommission schlägt ein Eintrittsgeld von 2 M. pro Mitglied vor. Als Beitrag empfahl die Kommission 2,50 M., 2 M., 1,50 M., 1 M. Der Zeitpunkt für eine durchgreifende Reform auf diesem Gebiet sei heute verpöht. Eine Vereinfachung des ganzen Tarifsystems müsse durchgeführt werden. Reimann schlug weiter die Schaffung eines Beirates vor, desgleichen die Bezeichnung „Hauptvorstand“ für den bisherigen Verbandsvorstand. Weiterhin empfahl er die monatliche Kontrolle der Mitgliedsbücher durch Vertrauensleute, um Unregelmäßigkeiten die Spitze abzuwehren. Infolge Erhöhung der Streikunterstützung müsse ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden. Bei Umzug und Sterbefällen solle den Kollegen Unterstützung gewährt werden. Die Kommission befürwortet die diesbezüglichen Vorschläge des „Hauptvorstandes“. Es wurden 16 Gaubezirke als notwendig erachtet. Die Ausleihung von Verbandsgeldern zu imperialistischen Zwecken mußte unmöglich gemacht werden. Die Frauenzeitung findet nicht allseitigen Beifall. Jährliche Verbandstage hätten auch ihre Schattenseiten, die durch die Schaffung des Beirates zum Teil überwunden werden könnten. Die Verbandstage hätten jeweils Delegierte. Auf 3000 Mitglieder sollte nur ein Delegierter entfallen. Dem Berichte folgte eine eingehende Aussprache.

Hannover, 16. Juli. Die Debatte über die Verbandsstatuten wurde am Ende geführt und die Herausgabe einer Frauenbeilage beschlossen. Zur Prüfung der Besoldungsverhältnisse der Angestellten wurde eine Kommission eingesetzt. Den Verbandsfunktionären wurde gegen die Stimmen der Opposition erneut das Stimmrecht zugesprochen. Zur Frage der Arbeitsgemeinschaften

erhielt als Verteidiger derselben das Hauptvorstandsmitglied Fischer das Wort. Er legte der Tagung folgende Entschlüsse zur Annahme vor: Ausgehend von der Auffassung, daß der durch die Kriegswirtschaft herbeigeführte Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens im Interesse der Arbeiterklasse verhütet werden mußte, billigt der Verbandstag die Mitwirkung und Beteiligung des Vorstandes sowie der übrigen beteiligten Verbandsfunktionäre der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands und an den für unser Verbandsgebiet zuständigen Reichsarbeitsgemeinschaften. Der Verbandstag ist weiter der Auffassung, daß nur durch den Abschluß von Reichslohn- und Arbeitsverträgen sowie durch Reichslohnverträge die Möglichkeit gegeben war, auf lächelstem Wege eine Grundlage zu schaffen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in unserem Verbandsorganisierten Arbeiterklasse. Diese Möglichkeit wurde durch Mitarbeit unseres

Verbandes in den Arbeitsgemeinschaften gefördert. Eine Anzahl von Reichslohn- und Arbeitsverträgen ist nur durch die Arbeitsgemeinschaft ermöglicht worden.

Sollte sich entgegen den bisherigen Erfahrungen ergeben, daß die Arbeitsgemeinschaften einzelner Industrien den Verband an der Durchführung von Lohnbewegungen hindern, die Kampffähigkeit und Kampfmöglichkeit beschränken oder sogar ausschalten, beauftragt der Verbandstag die in den Arbeitsgemeinschaften tätigen Mitglieder unseres Verbandes dahin zu wirken, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus dem Tätigkeitsgebiet dieser Arbeitsgemeinschaften ausgeschaltet wird und dafür Tarifgemeinschaften mit den in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden angestrebt werden.

Die Übernahme der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse erfordert eingehende Kenntnisse der heutigen Wirtschaftsweise um die Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems beseitigen und schrittweise ein soziales, dem Willen der Arbeiterklasse entsprechendes Wirtschaftssystem errichten zu können. Da die Arbeitsgemeinschaften geeignet sind, den in denselben tätigen Arbeitervertretern einen tieferen Einblick in die heutige Wirtschaftsweise zu geben, erkennt der Verbandstag die Beteiligung und Mitwirkung unserer Organisationsvertreter in den Arbeitsgemeinschaften solange an, als dadurch die Interessen und Rechte unseres Verbandes und seiner Mitglieder in vollem Umfange gewahrt werden.

Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Gilfsarbeiter

4. Verhandlungstag.

Lohdal, Hauptkassierer behandelte im Schlusswort die Extrabeiträge, die Tätigkeit des Gauleiters während und die Anlage der Gelder.

Bucher schilderte in seinem Schlusswort die Arbeit des Hauptvorstandes und die Vorgänge bei den Beratungen des Reichstages. Er konnte es nicht unterlassen, seinen Haß gegen die Berliner die Zügel lockern zu lassen.

Anschließend wurde die Vertrauensfrage für den gesamten Vorstand und den Redakteur mit 69 gegen 29 Stimmen angenommen.

Die Opposition gab hierauf folgende Erklärung ab: Wir sind der Überzeugung, daß die Geschäftsführung des Vorstandes nicht den Gesetzmäßigkeiten des Gewerkschaftslebens und der Achtung gegenüber der Mitgliedschaft entsprochen hat, daher können wir dem Vorstandsvorsitzenden nicht mehr das volle Vertrauen schenken, und müssen annehmen, daß der Vorsitzende sich des Verantwortungsgesüßs zu gewissen Zeiten nicht bewußt und damit eine schwere Gefahr für die Mitglieder heraufbeschworen hat.

Eine von der Mehrheit eingebrachte Resolution für den Graßhiser Bund wurde gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Dem Antrag Dresden, wonach alle Richtungen in der Zeitung zu Worte kommen sollen, wurde zugestimmt. Die Tagung wurde in die Statutenberatung eingetreten. Lohdal begründete die Anträge des Hauptvorstandes. — Am die Debatte abzuschließen, wurde beschlossen, von den beiden Richtungen je drei Redner zu hören.

Von der Opposition wurden Grohmann-Berlin, Hermann-Dresden, Kregischmar-Leipzig, von der Mehrheit Hornke, Raib-Frankfurt, Schmidt-München vorgeschlagen.

Grohmann und Kregischmar legten in je 15minütigen Ausführungen ihre Ansichten über ihre prinzipiellen Anträge dar. Raib trat für Beitragserhöhung ein, Schmidt war für Konzessionen an die Opposition.

5. Verhandlungstag.

Hornke vertritt die Anträge des Hauptvorstandes und betrachtet die Anträge der Opposition als nicht ethisch.

Das Schlusswort über Statutenberatung hielt Lohdal im Sinne der Anträge des Hauptvorstandes.

Ein Antrag von 37 Delegierten der Mehrheit, der verlangt, daß die unbesoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes nicht nur aus Berlinern bestehen sollen, wurde ebenso wie ein Antrag Grohmann-Berlin, den Hauptvorstand von Berlin zu verlegen, da für die Vertreter aus anderen Orten die Gefahr der „Inskizierung“ vorliege, der Statutenberatungskommission überwiesen.

Herrmann-Dresden erstattete dann den Bericht über den Fall Dresden. Es entstand eine lebhafte Debatte.

Raib beantragt, da nach seiner Ansicht die Kommission parteiisch geurteilt habe, die gesamte Angelegenheit dem Vorstande als Material zu überweisen.

Grohmann-Berlin verwahrte sich gegen die Ausführungen eines Delegierten, daß die Opposition in diesem Falle ihre Hand im Spiele gehabt habe. Er stellte fest, daß von der Opposition nur zwei Mitglieder in der Kommission waren.

Tarif- und Lohnbewegungen.

Bucher schildert zu Punkt „Tarif- und Lohnbewegungen“ die Entwicklung der Tarifverträge. Die Tarife dürften keine starren Formen haben, sondern müßten beweglich sein. Die Entscheidung ob Tarif oder kein Tarif liege bei der gesamten Kollegenschaft.

Kraas-Berlin wies darauf hin, daß der Reallohn nicht gestiegen, sondern gesunken ist. Für die Berliner sei der Reichstarif unannehmbar gewesen, da er bedeutende Verschlechterungen gebracht hätte. Aus den Anmerkungen der Protokolle der männlichen und weiblichen Kollegen, geht klar hervor, wie ungerecht die Bezahlung der Kolleginnen sei. Der Redner verteidigte energisch die Stellungnahme der Berliner zum Reichstarif. Er verweist die Arbeitsgemeinschaft und die Tarifgemeinschaft.

Lohmeier-München sprach für den Tarifvertrag. Mit dem revolutionären Käsesystem komme man nicht weiter. Man solle sich vor den übertraditionellen Elementen hüten. Grohmann habe geschickter operiert als Kraas, der nun klipp und klar gesagt habe, um was es gehe.

Wolter-Berlin rechnete mit Lohmeier tüchtig ab. Er geißelt die Kriegspolitik der Gewerkschaften und tritt für das Ratesystem ein ohne sich von mühenenden Anwürfen der rechtsorientierten Delegierten aus dem Konzept bringen zu lassen.

Raib-Sager-Leipzig, der die Leipziger sozialistische Schilde, führte Rupperts-Würzburg aus, daß wenn Wolter nach Bayern käme und solche Rede halten würde, er hinausgeworfen würde.

Rieger-Karlsruhe verbreitete sich über die Karlsruher Verhältnisse und vertrat die Ansicht, daß ein Reichstarif notwendig sei.

Saison-Ausverkauf

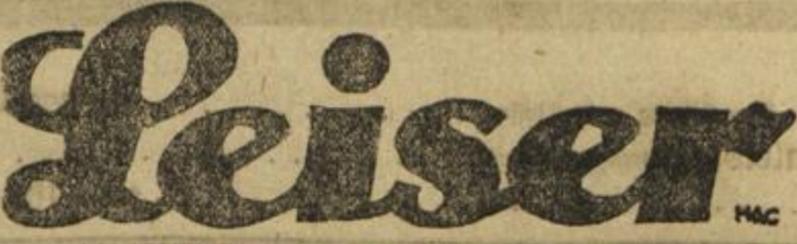
Wir sind entschlossen, unsere riesigen Sommer-Läger vor Beginn der Herbst-Saison radikal zu räumen. Die Preise, zu denen wir unsere Waren abgeben, bieten eine einzigartige Gelegenheit, gutes Schuhwerk spottbillig zu kaufen

Unser Angebot umfasst viele Tausende schwarze, braune und feinfarbige Schuhwaren nahezu jeder Art für Herren, Damen und Kinder. Selbst die feinsten, teuersten Modeschuhe und -stiefel aus edelsten Lederarten sind rücksichtslos im Preise herabgesetzt. Als Beispiele unserer Preiswürdigkeit nennen wir nachstehend einige unserer Hauptpreislagen für Damen-Schuhwerk, in denen wir Außerordentliches bieten

89.- 99.- 124.- 149.- 189.-

Die Preise für Herren- und Kinder-Schuhwerk sind überraschend billig

Der Ausverkauf beginnt am Montag, den 19. Juli Verkauf nur solange die Vorräte reichen Umtausch und Zusendung ausgeschlossen Mittags von 1/2-4 Uhr geschlossen!



- Verkaufsstellen: Leipziger Strasse 64, Oranienstrasse 34, Oranienstrasse 47a, Friedrichstrasse 179, Taunusstrasse 20, Königstrasse 34, Müllerstrasse 32, Turmstrasse 50, Friedenau, Rheinstrasse 14, Neukölln, Bergstrasse 7/8

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Expeditionen des Verlages Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9 Das Überschriftswort 2.- M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellenangebote: Überschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.- M.

Grid of small advertisements for various goods and services including: Verhände (Machines, tools), Möbel (Furniture), Fahrräder (Cycles), Kaufgesuche (Wanted), Werkzeuge u. Maschinen (Tools and machines), Verschiedenes (Miscellaneous), Arbeitsmarkt (Labor market), Anmietungen (Rentals), Baustellen (Construction sites), Tiermarkt (Livestock market), and Inzerate (Advertisements).

